Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt — Burscheider Zeitung — **für die Stadtgemeinde Burscheid**

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungs-Beilage (Donnerstag), Landmanns Sonntags-Blatt (Freitag), Der Sonntag (Samstag)

Nr. 164 — Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 — **Burscheid, Freitag, 15. Juli 1932** — Postscheckkonto 28571 Köln, Fernsprech-Anschluß Nr. 431 — **72. Jahrgang**

Die Beratungen in Neudeck

Reichskanzler und Reichsinnenminister beim Reichspräsidenten

Das Wolffbüro meldet aus Neudeck, 14. Juli: Reichspräsident von Hindenburg empfing heute den Reichskanzler von Papen zum Bericht über die Lausanner Verhandlungen. Nach Entgegennahme des Vortrages sprach der Herr Reichspräsident dem Reichskanzler seinen Dank für die in Lausanne geleistete Arbeit aus und bat, diesen Dank auch den anderen Mitgliedern der Delegation zu übermitteln. Hieran schloß sich ein gemeinsamer Vortrag des Reichskanzlers und des Reichsministers des Innern über innerpolitische Fragen.

Die Bayerische Staatszeitung zur Reise nach Neudeck

Die Bayerische Staatszeitung erortert Zweck und Bedeutung der Reise des Reichskanzlers und des Reichsinnenministers nach Neudeck. Das Blatt meint mit gutem Grund annehmen zu dürfen, daß Reichsinnenminister Dr. von Gayl Bericht über die in der letzten Zeit erfolgten Zusammenstöße erstatten werde. Es spricht dabei den Wunsch aus, daß man den Entschluß fassen werde, mit allen verfassungsmäßigen Mitteln gegen Ausschreitungen aller Art vorzugehen. Das Blatt nimmt ferner an, daß der Reichsinnenminister auch über das Verhältnis Bayerns zum Reich berichten werde, wobei es erklärt, gewisse norddeutsche Blätter hätten auf Grund falscher Berichterstattung über Reden der führenden bayerischen Staatsmänner oder aus sonstigen Gründen gegen diese einen hemmungslosen Ton angeschlagen. Den Angegriffenen bleibe nur der Weg der Klage übrig, wie er auch gegen die Berliner Börsenzeitung und das Hamburger Tageblatt bereits beschritten sei. Es sei Pflicht der berichterstattenden Minister, das falsche Bild, das die in Frage kommenden Blätter von Bayern entworfen hätten, richtig zu stellen und so die Empörung der sich korrekt und ruhig verhaltenden süddeutschen Blätter auch im Neudecker Milieu verständlich zu machen, weil sonst vielleicht unbewußte Gegensätze vertieft werden könnten, deren Ueberwindung im Gesamtinteresse des deutschen Vaterlandes ein Gebot der Stunde sei. Schließlich werde es als möglich bezeichnet, daß man sich in Neudeck auch über die seit einiger Zeit im Reichsinnenministerium erwogenen Rundfunkpläne unterhalten werde, Pläne, die den Stempel umfassendster Zentralisationsbestrebungen trügen, die Bayern mit Entschiedenheit ablehnen müßte. Es wäre auch sehr zu wünschen, daß dem Grundsatz Geltung verschafft würde, die Parteipolitik dem Rundfunk fernzuhalten. Es werde für die weitere Entwicklung Deutschlands sehr viel davon abhängen, daß auf dieser Reise staatsmännische Vernunft Sieger bleibe über Erwägungen, die parteipolitische Rücksichten etwa einzugeben vermöchten.

Sozialdemokratischer Protest gegen die Politik der Reichsregierung

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat an den Reichspräsidenten ein von Wels als dem Vorsitzenden der Partei und von Breitscheid als dem Vorsitzenden der bisherigen sozialdemokratischen Reichstagsfraktion unterzeichnetes Telegramm gerichtet, in dem schärfster Protest gegen die Politik der Reichsregierung erhoben wird, durch die „nicht zuletzt durch die Aufhebung des SA-Verbots und die Freigabe ihrer Uniform, bürgerkriegähnliche Zustände in ganz Deutschland ausgelöst worden seien". Es wird auf die täglich wachsende Zahl von Toten und Schwerverletzten, auf die Herabdrückung der Existenzbedingungen für Millionen und auf die Verwilderung der politischen Sitten hingewiesen, und es werden Besorgnisse in bezug auf die Erhaltung der Reichseinheit und der Staatsautorität geäußert, die von einer Durchkreuzung der Maßnahmen verfassungstreuer Länderregierungen ausgehen könnte, die sich um die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung bemühten. Das Telegramm schließt mit einer Mahnung in letzter Stunde zu grundsätzlicher Umkehr.

Kein Reichskommissar in Preußen — Die Kabinettsberatungen gehen weiter

Reichsinnenminister Freiherr von Gayl trifft Freitag vormittag wieder in Berlin ein, während der Reichskanzler, wie es von Anfang an vorgesehen war, noch einen Tag länger als Gast des Reichspräsidenten in Neudeck bleibt. Nach Rückkehr des Kanzlers werden dann am Sonnabend die Kabinettsberatungen fortgeführt werden.

Das Contibüro berichtet weiter:

Es ist selbstverständlich, daß Kanzler und Innenminister ihren Kollegen zunächst über ihre Besprechungen mit dem Reichspräsidenten Bericht erstatten. Was den Inhalt dieser Besprechungen anlangt, so erörterte man am Donnerstag in politischen Kreisen lebhaft die Frage, ob der Reichskanzler sich wohl die Ermächtigung zur Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen geben lassen werde, eventuell in der Form eines grundsätzlichen Einverständnisses des Reichstages, von dem dann zu gegebener Zeit Gebrauch gemacht werden könnte. In gut unterrichteten Kreisen hält man derartige Kombinationen aber für gar nicht aktuell.

An die Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen ist schon deshalb nicht zu denken, weil der preußische Staatsapparat durchaus intakt ist,

sich also gar keine Handhabe zu einer Reichsexekutive ergibt. Eine ganz andere Frage ist, ob sich nicht nach den Reichstagswahlen, also auch nach dem Wiederzusammentritt des Preußischen Landtages die Notwendigkeit zeigt, die Bildung einer starken parlamentarischen Regierung mit größerem Ernst zu betreiben als bisher. Vorläufig läßt sich aber die Situation, die sich nach dem 31. Juli ergibt, noch gar nicht übersehen. Es ist deshalb nach Auffassung maßgebender Kreise auch müßig, jetzt schon Erwägungen hierüber anzustellen.

Näher liegen jetzt die weiteren Maßnahmen, die das Reichskabinett im Zuge seines wirtschaftlichen Aufbauprogramms plant.

Die Verordnung über den Arbeitsdienst,

die am Sonnabend veröffentlicht werden soll, wird nur ganz kurz sein, indem sie sich eigentlich darauf beschränkt, den dahingehenden Beschluß des Reichskabinetts zu publizieren und alle Einzelheiten, auch die Ernennung des Präsidenten Syrup zum Reichskommissar, dem Reichsarbeitsministerium überläßt, der Anfang nächster Woche in seinen Ausführungsbestimmungen den Aufbau und die Richtlinien für die Organisation des Arbeitsdienstes verfügen wird. Der Reichsarbeitsminister hat hierüber übrigens in den letzten Tagen auch noch Besprechungen mit den Vertretern der Wirtschaft und der Arbeitnehmer gehabt, die ihm ebenfalls ihre Unterstützung zugesagt haben dürften. Von unterrichteter Seite wird besonders unterstrichen, daß der Minister den größten

Wert darauf legt, die Organisation so aufzuziehen, daß die Interessen der Wirtschaft nicht beeinträchtigt werden.

Die weiteren Beratungen des Kabinetts gelten dann den Plänen, die das Reichsministerium des Innern in Zusammenarbeit mit anderen Ressorts über

die geistige und sportliche Beschäftigung der Jugendlichen

ausgearbeitet hat. Diese Pläne greifen ergänzend in den Arbeitsdienst über und gehen von der Erwägung aus, daß der Arbeitsdienst seine volle moralische Auswirkung erst haben kann, wenn man sich auch des geistigen und körperlichen Wohles der jugendlichen Arbeitslosen annimmt. Man denkt an Vorträge und ähnliche Einrichtungen, die sie auch für spätere Lebensaufgaben vorbilden und ertüchtigen helfen.

Arbeitsdienst für 120—130 000 Leute Präsident Syrup wird Reichskommissar

Die vom Reichskabinett beschlossene Verordnung über den Arbeitsdienst wird am

Sonnabend veröffentlicht

werden. Der Ausschuß des Reichsrats, der nach der Ankündigung vor der Veröffentlichung in Kenntnis gesetzt werden soll, tritt nämlich nicht am nächsten Donnerstag zusammen, sondern ist schon vorzeitig für Sonnabend einberufen worden. — Es steht nunmehr fest, daß der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung,

Dr. Syrup, zum Reichskommissar für den Arbeitsdienst

ernannt wird. Der Aufbau der

Organisation

gliedert sich weiter über die Präsidenten der Landesarbeitsämter. Sobald Anfang der nächsten Woche auch die Ausführungsbestimmungen des Reichsarbeitsministers erschienen sind, wird der neue Reichskommissar die Präsidenten der Landesarbeitsämter zusammenberufen, um mit ihnen die Verwirklichung des Arbeitsdienstes zu besprechen, damit noch in diesem Monat praktisch an sie herangegangen werden kann. Diese Art des verwaltungsmäßigen Aufbaues ist auch mit Rücksicht auf die notwendige Sparsamkeit gewählt worden, da sowohl Präsident Syrup als auch die Präsidenten der Landesarbeitsämter die neuen Funktionen vollkommen ehrenamtlich ausüben sollen.

In unterrichteten Kreisen schätzt man die Zahl der Leute, die auf Grund der vorhandenen Mittel für das laufende Jahr in den Arbeitsdienst untergebracht werden können, auf rund 120000 bis 130000.

Ueber die Einzelheiten wird Reichsarbeitsminister Dr. Schäffer am Samstagabend im Rundfunk sprechen.

Wirtschaftspolitische Grundforderungen des deutschen Handwerks

Der Reichsverband des deutschen Handwerks tritt mit einem Programm an die Oeffentlichkeit, in dem die wirtschaftspolitischen Grundforderungen des Handwerks zusammengefaßt sind. Insbesondere fordert der Reichsverband die Anerkennung der Volkswirtschaft als der wirtschaftlichen Organisation des deutschen Volkskörpers auf der Grundlage der Privatwirtschaft, Ablehnung der Autarkiebestrebungen, Sicherung der Währung und eine gesunde Kreditpolitik, sowie eine grundlegende Verfassungs- und Verwaltungsreform.

Spaltung der Regierungsparteien

Der Landtag von Mecklenburg-Strelitz begann mit den

Etatberatungen.

Zunächst lehnte das Haus einen Antrag der Oberstaatsanwaltschaft in Rostock auf Aufhebung der Immunität des Abgeordneten und deutschnationalen Fraktionsführers Dr. Everling wegen einer Beleidigungsklage ab. Bei Behandlung eines nationalsozialistischen Antrages auf Herabsetzung der höheren Beamtengehälter um 5 bis 10% kam es zu einer Spaltung der beiden Regierungsparteien. Für den Antrag stimmten allein die Nationalsozialisten und Kommunisten, während sich die Deutschnationalen mit den Sozialdemokraten gegen die Beamtengehaltskürzungen aussprachen. Der Antrag wurde somit abgelehnt. Das Haus vertagte sich in den späten Abendstunden.

Die deutschnationale und die nationalsozialistische Fraktion haben einen

Gesetzentwurf eingebracht, der das Schächten verbietet.

Alle Schlachttiere sollen vor dem Blutentzug betäubt werden. Die Antragsteller verfügen über die absolute Mehrheit.

Erklärungen der neuen mecklenburg-schwerinschen Regierung

Im Mecklenburg-Schwerinschen Landtag gab der Ministerpräsident die Regierungserklärung des Kabinetts bekannt. Er befaßte sich zunächst mit landwirtschaftlichen Fragen und erklärte, mit allen Mitteln werde das Staatsministerium dafür sorgen, daß durch eine andere als die bisher als verfehlt zu bezeichnende

Lohn- und Siedlungsmethode

der mecklenburgische Landarbeiter nicht heimatlos und brotlos gemacht werde. Der Boden dürfe nach Auffassung der neuen Regierung nicht zum Schacherobjekt werden. Härten der neuen

Grundsteuerregelung

werde man beseitigen und eine gerechte Besteuerung des kleinen und Mittelbesitzes durchführen. Die Regierung werde jedoch alle gerechten Forderungen zurückstellen müssen, wenn das Geld für ihre Erfüllung nicht vorhanden sei. Man werde nach der Devise arbeiten:

Keine Ausgaben ohne Deckung.

Der Ministerpräsident kündigte auch

durchgreifende innerpolitische Maßnahmen

an. Die Einkünfte der oberen Beamten werde man herabsetzen. Insbesondere werde die neue Staatsregierung sich

für die Einrichtung der Arbeitsdienstpflicht

einsetzen. Schutzbestimmungen gegen die Zwangsvollstreckung bei Landwirten seien in Aussicht genommen. Ferner werde die Regierung es als eine ihrer vordringlichsten Aufgaben ansehen, eine

Altersversicherung für den gewerblichen Mittelstand

zu schaffen. Die

Beamtenrechte

werde man nicht antasten. Das Staatsministerium sei der Auffassung, daß der Beamte in erster Linie Diener des Staates zu sein habe und dieser fordere von ihm eine deutsche Gesinnung. Die Machtmittel des Staates würden

rücksichtslos gegen jeden Ruhestörer

eingesetzt werden. Es werde auch mit aller Schärfe gegen diejenigen vorgegangen, die in Wort und Schrift den innerpolitischen Kampf im deutschen Volke vergiften.

Die Ausführungen des Ministerpräsidenten wurden von den Nationalsozialisten wiederholt durch Beifallskundgebungen unterbrochen.

Der Etat für Mecklenburg-Strelitz verabschiedet

Nach zweitägigen Verhandlungen wurde gestern abend der Etat für Mecklenburg-Strelitz für das Jahr 1932/33 mit den Stimmen der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten angenommen. Wenn auch hinsichtlich der Deckungsfrage für einen bestehenden Fehlbetrag in Höhe von rund 150 000 Mark zunächst gewisse Schwierigkeiten bei den Koalitionsparteien aufgetreten waren, so wurden diese doch in letzter Stunde beseitigt. Zur Deckung wurde die Regierung ermächtigt, eine Gehaltskürzung der Beamten nach dem Muster der letzten preußischen Notverordnung vorzunehmen. Die Sozialdemokraten stimmten gemeinsam mit den Kommunisten gegen die Annahme des Haushaltsplanes.

Kleine politische Nachrichten

Indienststellung eines neuen Artillerieschulbootes

Auf der Marinewerft in Wilhelmshaven wurde des Artillerieschulboot „Bremse" unter dem Kommando des Korvettenkapitäns Fanger in Dienst gestellt. Der Bau des neuen Artillerieschulbootes wurde 1929 als Ersatz für das Artillerieschulboot „Drache" bewilligt. „Bremse" ist am 24. 1. 1931 vom Stapel gelaufen und wird in Kiel stationiert werden.

Ueberflutungen Wolkenbruch am Kaiserstuhl

Ueber dem nördlichen Kaiserstuhl und dem unteren Breisgau entlud sich ein schweres Gewitter, begleitet von wolkenbruchartigem Regen und Hagelschlag. Besonders heimgesucht wurden die Kaiserstuhl-Orte Riegel, Amoltern und vor allem das Städtchen Endingen, wo die Wassermassen in die Keller strömten und in einigen Häusern sogar in die Wohnräume des ersten Stockwerks eindrangen. Das Wasser stand stellenweise bis 1,20 Meter hoch in den tiefer gelegenen Straßenzügen. Der starke Sturm deckte verschiedene Dächer ab. Die Feuerwehr arbeitete zusammen mit der Einwohnerschaft fieberhaft, um das Wasser aus den Kellern zu pumpen. Auch in dem Städtchen Kenzingen und dessen Umgebung wurde großer Schaden durch das Unwetter angerichtet. Die volle Auswirkung der Verheerungen läßt sich noch nicht überblicken.

Hochwasser des Indus

Aus Bombay wird gemeldet: Hochwasser, das infolge des Bruches des Shayok-Staudammes entstanden ist, hat, dem Lauf des Indus folgend, die wichtige Attock-Brücke (zwischen Rawalpinda und Peschawar) erreicht. Die Sorge um die Sicherheit der Brücke hat sich als grundlos erwiesen; denn sie hat den Druck der Wassermassen erfolgreich ausgehalten.

Times berichten aus Simla: Hier eingetroffenen Meldungen zufolge ist das Hochwasser des Indus allenthalben wieder zurückgegangen, und man vermutet, daß die im Shyok-Eisdamm entstandene Bresche durch neue Eismassen verstopft worden ist. Der britische Marineresident in Kaschmir meldet telegraphisch, daß der Wasserstand wieder normal ist. Er fügt hinzu, daß die telegraphische Verbindung mit Chilas unterbrochen worden ist. Chilas ist der nächste telegraphische Verbindungspunkt mit der deutschen Expedition, die den Versuch macht, den Manga Parbat (8115 Meter hoch), den höchsten Himalaya-Gipfel in Kaschmir, zu ersteigen.

Zusammenstöße und ihre Folgen

In Wuppertal

wurden nach einer Wolffmeldung nachts zwei Nationalsozialisten von einem Trupp Kommunisten an eine Hauswand gestellt und durchsucht. Als sie dann weggehen wollten, wurden auf sie mehrere Schüsse abgegeben. Beide erhielten einen Oberschenkelsteckschuß.

Urteil im Landfriedensbruchprozeß Horn

Im Prozeß Horn und Genossen, bei dem es sich um einen Feuerüberfall von Mitgliedern der kommunistischen Ortsgruppe in Friedrichsfelde auf heimkehrende Nationalsozialisten im November vorigen Jahres handelte, wurden fünf Angeklagte zu 1½ bis 3 Jahren Zuchthaus, ein Angeklagter zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

Schießereien in Berlin

In Siemens-Stadt kam es Mittwoch abend zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten zu heftigen Auseinandersetzungen, in deren Verlauf acht Schüsse abgegeben worden sein sollen, durch die fünf Kommunisten schwer und einige leicht verletzt wurden. Acht Kommunisten und elf Nationalsozialisten wurden festgenommen.

Nach einer späteren Meldung sind zwei Verletzte bald nach ihrer Einlieferung ins Krankenhaus gestorben.

Auch in Oberschöneweide kam es zu einer Schießerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Insgesamt wurden durch die Schüsse vier Personen verletzt. Zwei Verletzte wurden ins Hospital eingeliefert. Einige Personen wurden festgenommen.

In Hindenburg

kam es zu einer Schlägerei zwischen sechs Kommunisten und sechs Nationalsozialisten. Beim Eintreffen des Ueberfallkommandos hatten sich ungefähr 300 Personen angesammelt. Aus der Menge wurden Steine gegen die Polizeibeamten geschleudert. Die Beamten zerstreuten mit dem Gummiknüppel die Ansammlung. Drei Kommunisten und drei Nationalsozialisten wurden verletzt.

Die Strafanträge im Totschlagsprozeß Norkus

In der Verhandlung des Prozesses wegen der Ermordung des 16jährigen Gymnasiasten Herberdt Norkus in Berlin stellte der Staatsanwalt folgende Strafanträge:

Gegen den Stennesmann Kuhlmann und gegen den Kommunisten Post je sechs Jahre Zuchthaus, gegen den Nationalsozialisten Seeburg 4½ Jahre Zuchthaus, gegen Stolt drei Jahre Zuchthaus, gegen drei weitere Stennesleute ebenfalls je drei Jahre Zuchthaus, gegen zwei Stennesleute und einen Kommunisten Gefängnisstrafen von zwei Jahren und eineinhalb Jahren.

Der Staatsanwalt führte zur Begründung seiner Strafanträge u. a. aus: Dieser Mord könne wohl als das grausamste und bestialischste Verbrechen bezeichnet werden, das man auf dem Gebiete der politischen Gewalttätigkeiten bisher erlebt hat. Ein junges, blühendes Menschenleben sei vernichtet worden, nicht im politischen Kampf nach vorhergegangenen Auseinandersetzungen, sondern er sei hinterrücks und heimtückisch durch fünf Messerstiche in den Rücken niedergemacht worden. Nicht bloß die Tat sei grausam und bestialisch gewesen, sondern ebenso grausam sei die Vorbereitung gewesen. Norkus sei für zehn Stiefel Bier nach der Verabredung zwischen den Stennesleuten und den Kommunisten hingemordet worden. Die Tat habe allerdings dem Hitler-Jungen Mond gegolten. Das sei die Formel gewesen, auf die sich die politischen Gegner geeinigt hätten. Das Milieu, das sich in der mehrtägigen Verhandlung hier gezeigt habe, sei in der Oeffentlichkeit mit Recht als politische Unterwelt bezeichnet worden. Das Spitzelwesen habe in diesem Prozeß geradezu Orgien gefeiert. Bei der Strafzumessung sei zu berücksichtigen, daß es sich um die Aburteilung einer Tat handele, die den höchsten Grad der Verrohung und Verwilderung der Jugend erreicht habe. Es gehe sogar das Gerücht um, daß die Kommunisten und Stennes-Leute nach der Tat ein Freundes- und Verbrüderungsfest gefeiert hätten. Nur durch schwere, unerbittliche Strafen und durch Versagung aller mildernden Umstände könne das Gericht der fortschreitenden politischen Verwilderung und Verrohung Einhalt gebieten.

Schlafende Obdachlose im Tunnel vom Hochwasser überrascht — 20 Tote?

In Nizza ereignete sich in der Nacht zum Donnerstag ein schweres Unglück, dem eine bisher unbekannte Zahl von Bettlern zum Opfer fiel. Die Obdachlosen hatten die Gewohnheit, in einem Tunnel zu übernachten, durch den der Paillon fließt, ein sonst harmloser Fluß. Infolge der außergewöhnlich starken Gewitterregen waren die Gebirgsbäche jedoch derart angeschwollen, daß der Fluß in der Nacht plötzlich über die Ufer trat und die Unglücklichen im Schlaf überraschte und mitriß.

Einige am Ufer vorübergehende Leute wurden erst durch die Hilferufe aufmerksam und alarmierten die Feuerwehr, der es erst nach schweren Bemühungen gelang, einen Teil der von der Strömung mitgerissenen Obdachlosen zu retten. Eine ganze Reihe anderer, unter denen sich auch eine Frau befinden soll, dürfte jedoch ums Leben gekommen sein. Die genaue Zahl der Toten steht noch nicht fest, da man nicht weiß, wieviel Obdachlose unter der tunnelartigen Brücke zu übernachten pflegten. Man nimmt aber an, daß die Zahl der Toten sich auf mindestens 20 beläuft.

Der französisch-englische Pakt

Das Gentlemen Agrement der Gläubiger

Das französische Außenministerium veröffentlicht folgenden Text des Gentlemen Agrement, das zwischen den Gläubigern Deutschlands zur Regelung der Ratifikationsbedingungen der Lausanner Abkommen abgeschlossen worden ist:

Protokoll

Die Abkommen von Lausanne werden endgültig erst nach der in dem Abkommen vorgesehenen Ratifizierung in Kraft treten. Was die Gläubigerregierungen anbetrifft, in deren Namen dieses Abkommen paraphiert wird, so wird die Ratifizierung nicht vorgenommen werden, bevor nicht eine befriedigende Regelung zwischen ihnen und ihren eigenen Gläubigern erzielt sein wird.

Den Gläubigerregierungen steht es vollkommen frei, ihre Stellungnahme gegenüber ihren Parlamenten darzulegen. Aber es wird keine präzise Bezugnahme auf diese Regelung im Text des Abkommens mit Deutschland erscheinen.

Wenn in der Folge eine zufriedenstellende Regelung der Schulden der Gläubigermächte Deutschlands erzielt wird, werden die Regierungen dieser Länder die Ratifizierung vornehmen und das Abkommen mit Deutschland seine volle Auswirkung nehmen.

Falls die in Frage stehende Regelung nicht erzielt werden könnte, wird das Abkommen mit Deutschland nicht ratifiziert werden. Dadurch würde eine neue Lage geschaffen werden, und die interessierten Regierungen hätten sich über das, was sie dann tun müssen, zu verständigen. Bei dieser Eventualität würde die legale Stellung aller interessierten Regierungen wieder die gleiche werden wie vor dem Hoover-Moratorium. Von diesem Abkommen wird die deutsche Regierung in Kenntnis gesetzt.

Lausanne, Juli 32.

Es folgen die Unterschriften im Namen Belgiens, Großbritanniens, Frankreichs und Italiens.

Das französisch-englische Vertrauensabkommen

Deutschland zum Beitritt aufgefordert

Der Text des englisch-französischen Vertrauensabkommens ist dem deutschen Geschäftsträger in London übermittelt worden zusammen mit der Aufforderung an Deutschland, dem Abkommen beizutreten.

Eine eingehende Stellungnahme Deutschlands zu dem Abkommen wird erst möglich sein, wenn der genaue Wortlaut den Berliner amtlichen Stellen vorliegt. In politischen Kreisen Berlins wird davor gewarnt, schon vorher übereilt zu dem Abkommen Stellung zu nehmen, solange noch nicht im einzelnen zu übersehen ist, was dahinter steckt. Es hat den Anschein, daß England den ganzen politischen Fragenkomplex, der bereits in Lausanne eine wesentliche Rolle gespielt hat, auf eine breitere Basis stellen will. Eigenartig muß die Haltung Frankreichs berühren, das sich in Lausanne in schroffer Form gegen die Erörterung der politischen Fragen gewandt hat und erst jetzt für das Vertrauensabkommen eintritt.

Eine Erklärung Downingstreets

Zum englisch-französischen Vertrauens-Abkommen veröffentlicht Downingstreet folgende Erklärung:

„Im Zusammenhang mit den Berichten, die über die Auslegung der französisch-englischen Erklärung, zu deren Beitritt andere Regierungen eingeladen worden sind, in Umlauf gesetzt wurden, wird betont, daß die Behauptung, diese Erklärung sei auch auf die britischen Schulden an die Vereinigten Staaten anwendbar, jeder Begründung entbehrt. Die Begründung des Ausdrucks „Europäisches Regime" in der Erklärung schließt ausdrücklich jede Frage aus, die nichteuropäische Länder berührt. Der Premierminister hat die Lage autoritativ in seiner Unterhausrede am Dienstagnachmittag dargelegt, als er erklärte:

„Angesichts der schädlichen Folgen, die sich aus der Auffassung herleiten könnten, daß in Lausanne Europa sich zusammengetan hat, um eine Art Ultimatum an die Vereinigten Staaten zu unterbreiten, will ich es vollkommen klarmachen, daß alles, was man in Lausanne getan hat, dazu diente, die inneren Schwierigkeiten in Europa einzurenken und Vorschlägen zuzustimmen, die die dort vertretenen Nationen für wesentlich und mögich halten."

Doch keine entente cordiale

Das Wolffbüro meldet aus Paris, 14. Juli: In parlamentarischen Kreisen Frankreichs zeigt sich heute eine gewisse Neigung, das sogenannte „Vertrauensabkommen" weniger gefühlsmäßig als realpolitisch zu beurteilen. Die erste Verlautbarung über das Abkommen war vom Gefühl diktiert, denn in der halbamtlichen Meldung befand sich die Erwähnung des Wiederauflebens der entente cordiale, was bei näherer Betrachtung des offiziellen Textes kaum aufrechterhalten werden kann.

Der einzige realpolitische Punkt von wirklicher Bedeutung, so meint man hier, ist Punkt 4. der sich auf den Abschluß eines neuen englisch-französischen Handelsvertrages bezieht. Hier liegt der Prüfstein für die Beziehungen der beiden Länder nach dem, was hinsichtlich der Diskriminierung auf beiden Seiten in den letzten Monaten sich ereignet hat. Es handele sich bei dem englisch-französischen Abkommen also weder um eine entente cordiale, noch um etwas ähnliches, sondern um einen Pakt, um Verhandlungen mit Regierungen, um ihren Friedenswillen anzubahnen, und den Wunsch zum Ausdruck zu bringen, durch gemeinsame Verständigung eine Grundlage für eine europäische Zusammenarbeit zu finden, ähnlich der, die in jenem bekannten Manifest des verstorbenen Außenministers Briand zur Bildung der Europäischen Union enthalten war.

Ein Brief Chamberlains über die französischen Schulden bei England

Das französische Außenministerium veröffentlicht den Text des Briefes, den der englische Finanzminister Chamberlain an den französischen Finanzminister Germain Martin bezüglich der französischen Schulden bei England gerichtet hat.

Datiert: 8. Juli 1932.

Englische Delegation auf der Lausanner Konferenz.

Die englische Regierung wäre glücklich gewesen, wenn es möglich wäre, die Kriegsschulden Frankreichs in einem Gesamtplan der allgemeinen Annullierung der Schulden und Reparationen zu streichen. Die englische Regierung bedauert, unter den gegenwärtigen Umständen keine definitive Maßnahme der Abänderung des englisch-französischen Abkommens über die Kriegsschulden ergreifen zu können. Sie ist jedoch damit einverstanden, daß die durch die Erklärung der Mächte vom 16. Juni vorgesehene Zahlungsaussetzung sich auch auf die Annuitäten des französisch-englischen Schuldenabkommens und auf die Bestimmungen des Anhanges I des Haager Abkommens vom 31. August 1929 erstreckt, und zwar bis zur Inkraftsetzung des Lausanner Abkommens oder bis entschieden sein wird, daß dieses Abkommen nicht ratifiziert wird. Im Falle einer Nichtratifizierung des Lausanner Abkommens wird die legale Stellung aller interessierten Regierungen untereinander dieselbe werden, wie sie nach den Bestimmungen des Haager Abkommens vom 20. Januar 1930 und nach dem englisch-französischen Schuldenabkommen bestand. In diesem Falle hätten die englische und die französische Regierung gemeinsam die dadurch de facto geschaffene Lage zu prüfen.

Belgien tritt dem Abkommen bei

Die belgische Regierung hat beschlossen, dem französisch-englischen „Vertrauensabkommen" beizutreten.

Weitere Dokumenten-Veröffentlichungen

Aus London, 14. Juli, meldet das Wolffbüro: Es hat hier großes Aufsehen erregt, daß in Paris bereits heute vormittag der gesamte Wortlaut des „Vertrauens-Abkommen" zwischen Großbritannien, Frankreich, Italien und Belgien über die Kriegsschulden veröffentlicht worden ist.

Zu der auf der Lausanner Konferenz erzielten Regelung wurden heute nachmittag fünf weitere Dokumente veröffentlicht, und zwar:

1. das Protokoll über die Vereinbarung vom 2. Juli,

2. die Begleitnote, die an Reichskanzler von Papen mit diesem Protokoll gesandt worden ist,

3. das Antwortschreiben des Reichskanzlers von Papen vom selben Tage auf diese Note,

4. eine Erklärung auf der 4. Plenarsitzung der Lausanner Konferenz vom 8. Juli, auf die in der Antwort des Reichskanzlers von Papen Bezug genommen worden ist,

5. Schreiben des Schatzkanzlers an die Finanzminister Frankreichs und Italiens über die französischen und italienischen Schulden an das Vereinigte Königreich,

6. die Erklärung des Staatssekretärs Simon auf der Schlußplenarsitzung der Lausanner Konferenz vom 9. Juli über die Kriegsschulden der eingeladenen Mächte an das Vereinigte Königreich und schließlich

7. die bekannte Erklärung der britischen und der französischen Regierung vom 13. Juli, die die künftige europäische Zusammenarbeit zum Gegenstand hat.

Der Wahlkampf

Ein Propagandaflug Hitlers

Wie der „Völkische Beobachter" ankündigt, wird Adolf Hitler am Freitag im Flugzeug eine Reise durch ganz Deutschland antreten. Er wird in den beiden kommenden Wochen mehr als 50 mal in Wahlversammlungen sprechen.

Entschließung der Partei „Die neue Mitte"

Der Arbeitsausschuß der Partei „Die neue Mitte" (Deutsche-liberale-Partei), der in Hagen tagte, hat folgende Entschließung gefaßt:

„Wegen der Kürze der Vorbereitungszeit verzichtet sie auf die Aufstellung von eigenen Listen für die jetzige Reichstagswahl. Sie arbeitet weiter an dem Ausbau ihrer Organisation und Presse zum Zwecke einer starken liberalen Partei der Mitte, die sich in die nationale Front gegen den Marxismus einreiht. Sie empfiehlt ihren Anhängern keine der extremen Partei zu wählen, sondern für diesen Wahlgang nur eine solche Partei, von der sie ein entschiedenes Vertreten der Privatwirtschaft und die Erhaltung der staatsbürgerlichen Rechte erwartet".

Geheimrat Dr. Heim über die Stellung Bayerns zum Reich

Die „Kölnische Zeitung" veröffentlicht eine Unterredung mit Geheimrat Dr. Heim.

Was den Föderalismus angehe, führte Dr. Heim aus, so sei es hier bei Worten geblieben. Nicht Bayern habe den Gegensatz zum Reich gesucht, sondern die neue Regierung habe diese Gegensätzlichkeit geschaffen. Entscheidend seien aber andere Dinge. Bayern habe am 10. April zum zweiten Male den Sieg der Kandidatur Hindenburgs entschieden. Leitgedanke sei dabei gewesen, durch die Wiederwahl Hindenburgs den Boden für eine konstante Reichspolitik zu bereiten und Experimente nach der einen oder anderen Seite zu verhüten. Deshalb habe Bayern sich auch bis jetzt zum letzten Augenblick gesträubt, Parteiuniform mit denen der Armee und der Polizei gleichzustellen und damit Bürgerkriegsarmeen die Straße freizugeben. Bayern werde heute von Leuten beschimpft, die noch vor wenigen Jahren seine Politik nicht laut genug hätten rühmen können.

Dr. Heim betonte weiter, die Nationalsozialisten würden seiner Ueberzeugung nach bei den kommenden Wahlen nicht die Mehrheit bekommen, sondern in mehr als einem Lande Deutschlands an Stimmen verlieren. Eine Hitlerregierung im Reiche wäre nur von kurzer Dauer, aber er rechne gar nicht mit dieser Möglichkeit.

Eine Gefahr der Separation Bayerns sehe er nur dann gegeben, wenn der Bolschewismus in gewissen Teilen Deutschlands hochkomme. Dr. Heim erklärte, er sei der Meinung, daß der jetzige Nationalsozialismus in kurzer Zeit vom Bolschewismus abgelöst werden würde. In Bayern denke niemand an Separatismus.

Dr. Heim verwies im weiteren Verlauf des Gesprächs darauf, daß gerade durch die jüngsten Vorgänge der monarchistische Gedanke in Bayern starken Auftrieb erfahren habe. Zur Frage der Wahlbündnisverhandlungen der Bayerischen Volkspartei erklärte Dr. Heim, er habe in der Presse gelesen, daß die Wirtschaftspartei mit der Bayerischen Volkspartei einig geworden sei. Das liege durchaus im Zuge der Politik, die er schon 1918 befürwortet habe.

Der „Vater-Rhein-Brunnen" ist umgezogen



Der „Vater-Rhein-Brunnen", ein Geschenk der Stadt Straßburg an die Stadt München, ist gegenüber dem Deutschen Museum aufgestellt und der Oeffentlichkeit übergeben worden. Der Brunnen — eine der schönsten Schöpfungen des Münchener Bildhauers Adolf von Hildebrand — mußte in Straßburg aus politischen Gründen abgebrochen werden.

Deutschland und das Vier-Mächte-Abkommen

Das in den Londoner Veröffentlichungen enthaltene

Schreiben des Reichskanzlers

bildet die Antwort auf die nach Unterzeichnung der Schlußakte der Konferenz gegenüber der deutschen Delegation gemachten Mitteilung von dem sogenannten Gentleman-Agrement. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

„Ew. Exzellenz bestätige ich ergebenst den

Empfang des von Ihnen und den Herren Chefs der belgischen, französischen und italienischen Delegation unterzeichneten Schreibens, das Sie mir heute nach Unterzeichnung des Abkommens von Lausanne haben zugehen lassen.

Die Ihrem Schreiben anliegende Vereinbarung der vier Delegationen vom 2. d. M. bezieht sich auf den Fall einer etwaigen Nichtratifikation des Abkommens von Lausanne, mithin auf die gleiche Frage, die auch den Gegenstand der Besprechung der Delegationschefs der sechs einladenden Mächte am 8. d. M., abends, bildete. Entsprechend der bei dieser Besprechung getroffenen Verabredung habe ich noch am gleichen Abend in der öffentlichen Vollsitzung der Konferenz wegen des in Rede stehenden Falles an den Herrn Vorsitzenden eine Frage gerichtet, die von ihm sofort im Namen der einladenden Gläubigermächte beantwortet wurde.

Unter diesen Umständen halte ich mich für berechtigt, davon auszugehen, daß die Angelegenheit für Deutschland durch meine Frage an den Herrn Vorsitzenden der Konferenz und dessen Antwort maßgebend geklärt worden ist.

Mit dem Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung bin ich Ew. Exzellenz ergebener
(gez.) von Papen."

Der Standpunkt der Reichsregierung

zu dem Gentleman-Agrement ist durch diesen Brief, dessen Wortlaut jetzt der Oeffentlichkeit übergeben wurde, mit absoluter Klarheit gegeben.

Was im übrigen den eigentlichen Inhalt des Gentleman-Agrements anlangt, so ist der deutsche Standpunkt hierzu bereits am Montagabend nach Bekanntwerden der ersten Meldungen über das Gentleman-Aarement in einer offiziösen Auslassung eindeutig gekennzeichnet worden. Es wurde darin daran erinnert, daß Deutschland es

„von vornherein und während der ganzen Dauer der Konferenz aufs entschiedenste abgelehnt habe, irgendeine Beziehung zwischen dem Pakt von Lausanne und den interalliierten Schulden gegenüber Amerika herzustellen oder sich in eine Frontbildung irgendeiner Art gegen die Vereinigten Staaten hineinziehen zu lassen".

An diesem Standpunkt der Reichsregierung hat sich nichts geändert.

Das Institut für Konjunkturforschung über den Vertrag von Lausanne

Das Institut für Konjunkturforschung nimmt in seinem Wochenbericht zu dem Vertragswerk von Lausanne vom Standpunkt der Konjunkturforschung aus Stellung.

Das Inkrafttreten wäre, so heißt es, ein bedeutsamer Schritt zur Vereinigung der Weltwirtschaft von den Kriegsfolgen.

Für die Konjunkturforschung ergeben sich bei der Beurteilung des Vertragswerkes zum Teil freilich andere Gesichtspunkte als für den Politiker: Das Positive des Lausanner Vertrages ist weniger in der nominellen Verringerung der Schuldbeträge als vielmehr darin zu suchen, daß nunmehr eine der wichtigsten Ursachen der Vertrauenskrise schwinden könnte. Dabei darf man freilich über eines nicht hinwegtäuschen: die politischen Zahlungen sind zwar eine der Hauptursachen der Weltwirtschaftskrise. Mit ihrer Beseitigung sind aber noch durchaus nicht alle Voraussetzungen für einen neuen Aufschwung gegeben. Das zeigt sich in der Tatsache, daß der Lausanner Tagung die Empirekonferenz in Ottawa und die Weltwirtschaftskonferenz in London folgen werden.

Für die deutsche Wirtschaft gilt zunächst das gleiche wie für die Weltwirtschaft. Zahlungsbilanzmäßig gesehen hätte selbst eine völlige Streichung der Reparationen die Lage, wie sie seit dem Beginn des Hooverjahres bestand, für den Augenblick nicht geändert. Die akuten Probleme der deutschen Wirtschaftspolitik bestehen daher nach wie vor in vollem Umfang. Indes hat doch der Vertrag von Lausanne geholfen, die Aussichten der deutschen Wirtschaft zu klären. Durch die Schonfrist bis Mitte 1935 ist für Wirtschaft und Staatshaushalt Bewegungsfreiheit zur Durchführung eines umfassenden Wiederaufbauprogramms gegeben. Und selbst nach Ablauf dieser Frist werden die Leistungen Deutschlands (im ungünstigsten Falle jährlich etwas mehr als 400 Mill. RM.) wenig mehr als ein Sechstel der Zahlungen erreichen, die nach dem Youngplan und verschiedenen Sonderabkommen hätten geleistet werden müssen (durchschnittlich etwa 2,5 Milliarden RM.). Freilich soll nicht verkannt werden, daß auch die neue Regelung zunächst noch bedeutsame Gefahrenpunkte umschließt: die eine Gefahr ist die, daß sich die Ratifikation durch die einzelnen Mächte verzögert und daß dadurch die psychologischen Wirkungen zum Teil verpuffen. Außerdem wird erst die Praxis erweisen, ob die verschiedenen Einschränkungsklauseln, mit denen die Emission der 3 Milliarden RM. Schuldverschreibungen verbunden ist, nicht zu wirtschaftshemmenden Manipulationen der Emissionsmärkte führen. Indes kann die daraus erwachsende Gefahr für die deutsche Wirtschaft möglicherweise geringer sein, als sie es unter den bisher geltenden Verträgen in einer ähnlichen Lage gewesen wäre. **Durch die Wiedererlangung der vollen wirtschaftspolitischen Souveränität, namentlich der Verfügungsfreiheit über Reichsbahn und Reichsbank, wird in mancher Hinsicht auch größere Schlagkraft in der Abwehr exogener Kriseneinflüsse gegeben sein.** Außenhandel und Zahlungsbilanz können damit freilich nur bedingt in Ordnung gebracht werden. Dazu bedürfte es einer viel weitergehenden internationalen Zusammenarbeit. — Alles in allem bedeutet der Vertrag von Lausanne zwar kaum den Wendepunkt zu einem raschen Konjunkturaufschwung. Er könnte doch aber wohl der erste Schritt zu einer Besserung der Zukunftsaussichten sein.

Die Abrüstungskonferenz

Aus Genf, 14. Juli, wird berichtet: Die Lage auf der Abrüstungskonferenz stellt sich heute verworrener denn je da. Der Hauptausschuß wird nunmehr wahrscheinlich erst am Dienstag, vielleicht sogar erst am Mittwoch zusammentreten können.

Gegen die Resolutionsentwürfe

ist von den verschiedensten Seiten Einspruch erhoben worden. Die bisherigen Entwürfe enthielten keinerlei praktische wirksame uneingeschränkte Abrüstungsmaßnahmen. Bezeichnend ist, daß diese Entwürfe bestimmte Grundforderungen, wie beispielsweise den der Gleichberechtigung, bisher völlig außer Acht lassen. Neuerdings trägt man sich in Kreisen der Konferenzleitung mit dem Gedanken, der Konferenz lediglich die Annahme eines „Berichts" vorzuschlagen.

Angesichts der geschilderten Entwicklung kommt es jetzt für

die deutsche Delegation

kaum darauf an, durch Abänderungsvorschläge im einzelnen den doch aussichtslosen Versuch zu machen, den Benesch'schen Resolutionsentwurf im deutschen Sinne zu verbessern. Es wird sich vielmehr hauptsächlich darum handeln, durch einen klaren eindeutigen Akt der deutschen Politik die deutsche Auffassung hinsichtlich einer wirklichen Abrüstung und einer Entscheidung in der Forderung nach Gleichberechtigung nachdrücklichst zu vertreten.

*

Aus Paris wird gemeldet: Ministerpräsident Herriot wird am Sonntagabend in Begleitung des Kriegsministers Paul Boncour nach Genf reisen. — Laut Havas werden Montag

Verhandlungen zwischen der französischen und der englischen Delegation

stattfinden, während die Arbeiten des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz am Dienstag beginnen werden. Herriot hatte eine längere Besprechung mit Paul Boncour, General Weygand und dem Chef des Generalstabes, General Gamelin. Zur Erörterung stand der Entwurf der Entschließung, der kommende Woche dem Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz unterbreitet werden soll. Die Vorbesprechungen in Paris werden von Marineminister Leygues und Luftfahrtminister Painleve fortgesetzt.

*

Eine Genfer Meldung berichtet dann:

Die Vertreter der kleineren Mächte

haben in einer Besprechung mit Henderson darauf bestanden, daß die von dem Hauptausschuß anzunehmende Entschließung

klare und wesentliche Abrüstungsverpflichtungen

enthalte. Auch die lateinamerikanischen Staaten stimmen darin überein, daß im Sinne des Hoover-Planes die Konferenz zu konkreten Abrüstungsbeschlüssen kommen müsse.

Weltbankrott oder Beseitigung der Zolltarife!

Der bekannte Finanz- und Wirtschaftssachverständige **Sir George Paish** wiederholte auf einem Essen in London seine wiederholt geäußerte Warnung vor der Gefahr eines völligen Weltbankrotts. Er sagte:

In den Vereinigten Staaten allein haben ungefähr 8000 Banken ihre Zahlungen eingestellt. Die gegenwärtige Lage der Welt ist größtenteils auf die Tatsache zurückzuführen, daß Amerika, das bei Kriegsausbruch Bankier der Welt wurde, der Welt ungeheure Summen Geldes geliehen und dann durch Tariferhöhung die Schuldner verhindert hat, ihre Schulden zu bezahlen. Heute tut England dasselbe durch Errichtung von Tarifen gegen fremde Länder. Wenn diese Tarifpolitik nicht beseitigt wird, ist ein Weltbankrott unvermeidlich.

Wenn sich alle Tarife der Welt mit einem Schlage beseitigen ließen, dann würde es morgen eine wunderbare Erholung geben. Die Welt ist reif für eine gewaltige Ausdehnung des Handels.

Aber die Krisis wird wohl weitergehen, bis die Leiden so groß geworden sind, daß die Vernunft sich durchsetzt.

Die Weltwirtschaftskonferenz wird vom Völkerbundsrat vorbereitet

Der Völkerbundsrat wird am Freitag zusammentreten, um die Einberufung einer Weltwirtschafts- und Währungskonferenz zu beschließen. Der Antrag zur Einberufung geht von der Lausanner Konferenz aus und wird in der gemeinsamen Sitzung von dem Vertreter Großbritanniens — wahrscheinlich dem englischen Außenminister Sir John Simon — selbst begründet werden. Der Völkerbundsrat wird voraussichtlich einen Organisationsausschuß ernennen, der die technischen Vorbereitungen für die Konferenz zu treffen hat. Dieser Organisationsausschuß soll aus den Ratsvertretern derjenigen Mächte, die die Einladung zur Lausanner Konferenz ergehen ließen, und aus denjenigen Ratsmitgliedern, die im Völkerbundsrat die Berichterstattung über Wirtschafts- und Finanzfragen ausüben, bestehen. Der Ausschuß wird das Organ darstellen, dem hauptsächlich die technischen und organisatorischen Fragen der Weltwirtschaftskonferenz zufallen. Da dem Ausschuß ausdrücklich das Kooptionsrecht zuerkannt werden soll, besteht die Möglichkeit für die Vereinigten Staaten von Amerika, sich schon in diesem Ausschuß vertreten zu lassen, wenn sie an der Weltwirtschaftskonferenz teilnehmen. Wo die Konferenz stattfindet, ist nicht bekannt. Man spricht von London oder Genf.

Abflauen der Veteranendemonstration in Washington

Die Schar der in Washington lagernden Kriegsveteranen hat sich um etwa tausend verringert, die das Angebot der freien Heimbeförderung und Verpflegung während der Rückreise auf Bundeskosten angenommen haben. Der Rest jedoch ist entschlossen, auszuharren. Allerdings ist es inzwischen zu Unstimmigkeiten gekommen, und man hat sich in verschiedene Lager gespalten. Eine starke Gruppe aus Kalifornien bezog Biwak in den Anlagen gegenüber dem Parlament und kam auch der Aufforderung der Polizei, den Platz zu räumen, nicht nach. Die Polizei war daher die ganze Nacht über in Alarmbereitschaft, ohne jedoch eingreifen zu müssen. Kleinere Trupps kampieren auf den Plätzen längs der Paradestraße, und jeden Abend finden an den Straßenecken Protestversammlungen statt, bei denen scharfe Angriffe gegen Hoover und den Kongreß geäußert werden. Die Regierung hofft, daß die meisten Veteranen abreisen werden, wenn der Kongreß sich vertagt, was spätestens für Freitag erwartet wird, da alle Einzelbudgets nunmehr verabschiedet sind und bezüglich des umfangreichen Notstandsgesetzes eine Einigung zwischen dem Weißen Hause und dem Parlament hergestellt worden ist, die zwar Notstandsarbeiten und Anleihen an einzelne Länder für die Armenhilfe vorsieht.

Probleme des Kohlenabsatzes

Deutsche Stellungnahme zu Aeußerungen des englischen Außenministers

Der englische Außenminister hat im Unterhaus Mitteilungen über den Streit um die englische Kohleneinfuhr nach Deutschland gemacht. Wir erfahren über die Zusammenhänge dieser Angelegenheit folgendes:

Der Ursprung des Streites liegt in den

drei Verordnungen gegen „anormale Einfuhr",

durch die die britische Regierung im November und Dezember vorigen Jahres eine große Anzahl von Waren mit Zöllen belegte. In vielen Fällen wurde die deutsche Einfuhr hierdurch besonders stark betroffen. Nun sieht aber Abschnitt 2 des Protokolls zum deutsch-englischen Handelsvertrag vom Dezember 1924 vor, daß keine der beiden Parteien Zölle oder Abgaben beschließen kann, die für den anderen Teil besonders abträglich sind. Entstehen hierüber Differenzen, so erklären beide Teile sich bereit, sofort darüber in mündliche Verhandlungen einzutreten. Die Reichsregierung berief sich natürlich auf diese Bestimmung, und die englische Regierung erkannte auch das Recht Deutschlands auf mündliche Verhandlungen an, fügte jedoch hinzu, daß nicht die geringste Aussicht auf eine Aenderung der englischen Pläne bestehe und daß Verhandlungen deshalb von vornherein aussichtslos seien. Der Reichsregierung blieb nichts anderes übrig, als sich gegenüber der neugeschaffenen Lage vollkommen freie Hand vorzubehalten. Mehr war auch nicht zu erreichen, als Anfang März dieses Jahres England einen allgemeinen Zolltarif in Kraft setzte. Während des ganzen vergangenen Winters hatte sich aber inzwischen unter dem Einfluß der allgemeinen Wirtschaftskrise die Situation des deutschen Kohlenbergbaues derart verschlechtert, daß die Einfuhr von Kohle aus dem Auslande unter allen Umständen weiter eingeschränkt werden mußte. Deshalb sah der Reichskohlenkommissar sich gezwungen, die Einfuhr englischer Kohle allmählich herabzusetzen, und zwar kürzte er sie am 1. Februar, 1. März und 1. April progressiv auf 100 000 To. monatlich, ausgenommen die Bunkerkohle, die keinen Beschränkungen unterliegt. Immerhin liegt die zugelassene Einfuhr englischer Kohle immer noch höher als die irgendeines anderen Landes. Nun sah sich die britische Regierung veranlaßt, am 10. März Einspruch zu erheben, und zwar indem sie selbst auf die Zusagen aus dem Jahre 1924 hinwies. Darauf erklärte sich die Reichsregierung in einer Note vom 21. März bereit, im Zusammenhang mit ihren früher gemachten Verhandlungsvorschlägen auch über die Meinungsverschiedenheiten wegen der Kohleneinfuhr zu sprechen. Darauf folgten zwei englische Noten Mitte April und Mitte Mai, deren Sinn darin bestand, daß England sich von derartigen Verhandlungen keinen Erfolg versprechen könne, zumindest nicht vor Beendigung der britischen Reichskonferenz von Ottawa.

Der weitere Verlauf ist aus der Erklärung des britischen Außenministers bekannt geworden: Die deutsche Regierung schlug nun vor, beide Fragen, die Kohleneinfuhr und die englischen Zölle gemäß Artikel 30 des Vertrages von 1924 einem gemeinsamen Schiedsgericht vorzulegen. Das hat England angenommen, aber nur für die Kohleneinfuhrregelung, während zur Frage der englischen Zölle neue Gegenvorschläge gemacht wurden. Hierauf hat die Reichsregierung noch nicht geantwortet. Es unterliegt aber wohl keinem Zweifel, daß man unter allen Umständen an der Behandlung beider Fragen festhält. Die Konferenz von Ottawa steht dicht vor der Tür. Die bisher geltend gemachten britischen Einwände entfallen also von Tag zu Tag mehr.

Sorgen des polnischen Kohlenhandels

Aus Kattowitz wird berichtet: Die kürzlich nach anhaltenden Bemühungen der polnischen Regierung zustande gekommene Kohlenexportkonvention, die eine Ausschaltung der Konkurrenz der polnischen Kohlenexporteure untereinander bezweckte, ist völlig ergebnislos geblieben. Die gegenseitige Preisunterbietung hat sich sogar verschärft. Man sieht das als eine Folge der summarischen Festsetzung der Ausfuhrkontingente für ganze Ländergruppen anstatt für einzelne Länder an. Ein Teil der Länder der Ländergruppen kann von einer starken Minderheit der Kohlenkonzerne bei ihrer unzureichenden Kenntnis der Marktverhältnisse und ihrer schlechten Verbindungen gar nicht erreicht und beliefert werden, so daß auch diese Exporteure nach dem skandinavischen Markt exportieren und dort die Preise unterbieten.

Die Berliner Universität erneut zwei Tage geschlossen

Rektor und Senat der Berliner Universität sind der Ueberzeugung, daß die noch bestehende Erregung unter den Studierenden einen geordneten Unterrichtsbetrieb im Universitätsgebäude nicht zuläßt. Es ist deshalb die weitere Schließung des Universitätsgebäudes bis Sonnabend, 16. Juli, einschließlich beschlossen worden.

Er führt Batas Lebenswerk fort



Der 18jährige Sohn des tschechoslowakischen Schuhkönigs Thomas Bata, der vor wenigen Tagen bekanntlich mit seinem Flugzeug tödlich abstürzte, ist zum Nachfolger seines Vaters als Leiter der riesigen Industrieanlagen des Bata-Konzerns eingesetzt worden.

Zum Tode Batas. Aus Prag, 14. Juli, wird gemeldet: Ausländische Blätter brachten die Nachricht, daß bei der Sezierung des Piloten Broucek auch andere Verletzungen, ja sogar eine Schußverletzung festgestellt worden sei. Demgegenüber erklären die Aerzte, welche die Sezierung vorgenommen haben, daß weder bei dem einen noch bei dem anderen irgendeine andere Verletzung als die vom Absturz herrührenden festgestellt wurden. Der Tod Batas und des Piloten traten bei beiden infolge Verletzung des Rückenmarkes und des Rückenmarkwirbels ein. Jede andere Darstellung ist eine glatte Erfindung. In seinem letzten Willen hat Thomas Bata sämtliche Schulden der Stadt Zlin im Betrage von etwa 4½ Mill. Kronen übernommen.

Bei diesem Flugzeugunglück fand Bata den Tod



Unsere Aufnahme zeigt die Trümmer des Flugzeuges, mit dem der tschechische Schuhkönig Bata tödlich abstürzte.

Der „Angriff" verboten

Der Berliner Polizeipräsident hat den „Angriff" bis zum 23. Juli einschließlich verboten.

Anlaß zu diesem Verbot gaben die Nummern 139, 140, 141, 142, 143 und 144 des „Angriffs". In diesen Zeitungsnummern wurden, wie zur Begründung des Verbotes mitgeteilt wird, die Justiz, die Polizei im allgemeinen, die Berliner Polizei im besonderen, der Minister des Innern, der Polizeipräsident von Berlin und der Polizeipräsident von Frankfurt a. M. beschimpft und böswillig verächtlich gemacht. Ferner hat der „Angriff" in seiner Nummer 144 die katholische Kirche gröblich beschimpft.

Die Ursache der französischen U-Boot-Katastrophe

In dem offiziellen Bericht über den Untergang des Unterseebootes „Prometheus", den das französische Marineministerium herausgibt, wird als Ursache des Unglücks übereinstimmend ein rasches allgemeines Oeffnen der Luftklappen angenommen, die durch irgendein zufälliges Funktionieren der Hebelvorrichtung hervorgerufen worden sein dürfte. Diese zufällige Betätigung der Hebel dürfte sich in dem Augenblick ereignet haben, als das Boot gerade den Elektromotor abstellte und den Dieselmotor in Betrieb nehmen wollte.

Millionenschäden in Conney Island 1000 Obdachlose

In Conney Island, der nächstgelegenen und belebtesten Sommerfrische der Stadt Newyork, ist ein riesiges Feuer ausgebrochen. Die Flammen, die durch einen starken Wind geschürt werden, haben bereits zwei Häuserviertel an der Ozeanfront zerstört. Trotz der verzweifelten Bemühungen einer Armee von Feuerwehrleuten greifen die Flammen auf einen dritten Häuserblock über. Der Lunapark und die Einwohnerviertel liegen im Wege des Feuers, sind aber nicht in unmittelbarer Gefahr.

Eine spätere Meldung berichtet: Das Feuer auf Connen Island hat vier Häuserblocks zerstört. Der Schaden wird auf 2½ Millionen Dollar geschätzt. Ungefähr 200 Personen haben Verletzungen erlitten; 40 mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Die Feuerwehr ist jetzt der Flammen Herr geworden.

Dann meldet das Wolffbüro noch: Die Feuersbrunst in Conney Island hat, den neuesten Meldungen zufolge, doch einen größeren Schaden verursacht, als ursprünglich angenommen wurde. Der Gesamtschaden wird auf rund 5 Millionen Dollar geschätzt. Etwa 1000 Personen sind obdachlos geworden.

Meuterei in Ecuador unterdrückt

Aus Guayaquil wird gemeldet: Die Meuterei eines Bataillons in Loja (Ecuador) ist von der Regierung erfolgreich unterdrückt worden.

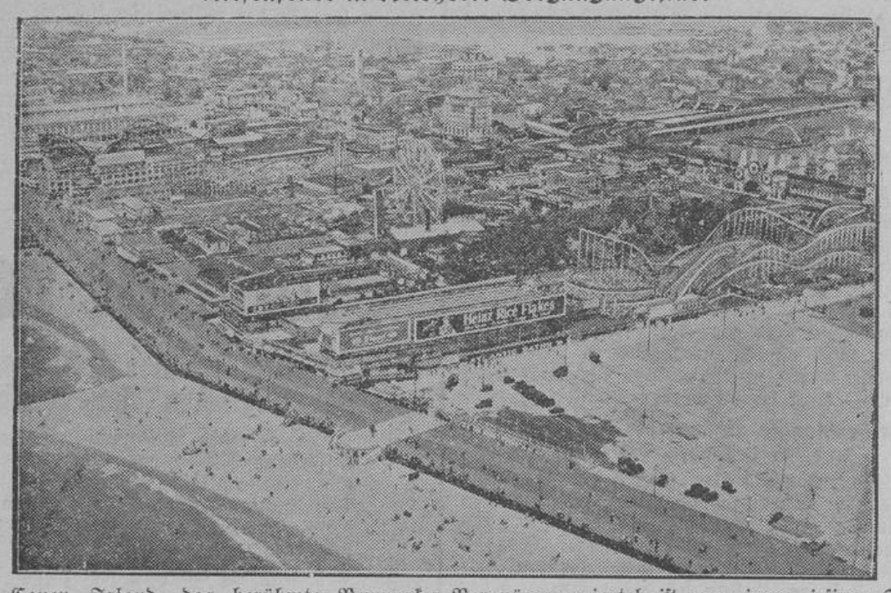
Die gesamte sozialdemokratische Presse in Anhalt verboten

Aus Dessau, 14. Juli, wird gemeldet: Mit dem Verbot der Bernburger Volkswacht hat das Staatsministerium auch das Verbot der Kopfblätter der genannten Zeitung in Köthen und Zerbst verbunden. Damit darf jetzt in Anhalt keine einzige sozialdemokratische Zeitung erscheinen.

Italien begrüßt Englands Initiative

Der italienische Geschäftsträger in London ist beauftragt worden, dem Foreign office mitzuteilen, daß die italienische Regierung sich der britischen Initiative zugunsten eines europäischen Konsultativpaktes sehr warm anschließe.

Riesenfeuer in Newyorks Vergnügungsstadt



Coney Island, das berühmte Newyorker Vergnügungsviertel, ist von einem riesigen Schadenfeuer heimgesucht worden.

Die offizielle Feier des französischen Nationaltages

war in Anbetracht der Trauer um das verlorene Unterseeboot Promethee stark eingeschränkt. Die hauptsächlichste offizielle Kundgebung war die Abnahme einer Parade auf dem Invalidenplatz in Paris, der der Präsident der Republik und die Mitglieder der Regierung beiwohnten. Militärische Paraden fanden in allen größeren Städten Frankreichs statt. Das Volksfest in Paris bot das übliche Bild, d. h. an den Straßenecken spielten unter freiem Himmel Musikkapellen zum Tanze auf.

Dänemark wird im Haag gegen die norwegische Okkupation protestieren

Aus Kopenhagen wird berichtet: In einem Ministerrat wurde die durch die neue Okkupation Norwegens entstandene Lage besprochen. Es wurde beschlossen, einen Protest an den Internationalen Gerichtshof im Haag zu entsenden.

Russisch-finnischer Nichtangriffsvertrag

Das Präsidium des Zentralvollzugsausschusses der Sowjetunion ratifizierte den zwischen der U. d. S. S. R. und Finnland am 21. Januar 1932 abgeschlossenen Nichtangriffs- und Schiedsvertrag.

Urteil im Belgrader Spionage-Prozeß

Aus Belgrad wird gemeldet: Der Staatsgerichtshof hat in dem Spionageprozeß gegen den ungarischen Staatsangehörigen Andres Majtan und Genossen den Hauptangeklagten zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Fünf weitere Angeklagte wurden zu Zuchthausstrafen zwischen 8 und 1 Jahr verurteilt, drei wurden freigesprochen.

Die chilenischen Devisenbestimmungen noch nicht in Kraft

Havas berichtet aus Santiago de Chile, der Finanzminister habe erklärt, daß die Regierung auf Grund der Proteste der englischen, amerikanischen, französischen, italienischen und spanischen Regierung beschlossen habe, die Anwendung der Bestimmungen über die Devisenablieferung, die in chilenischen Banken hinterlegt sind, bis zum 1. August zu verschieben. Man glaube, daß dieser Aufschub praktisch für unbestimmte Zeit gelten werde.

Volksrechtpartei Sparerbund Ortsgruppe Burscheid

Am Sonntag, den 17. Juli, nachmittags 5.30 Uhr, findet im Gasthof „Zur alten Post" in Burscheid, eine

öffentliche

Wahl-kundgebung

statt, zu welcher wir hierdurch unsere Mitglieder und Gesinnungsfreunde einladen.

Unser rheinischer Führer,

Major a. D. Pohl

spricht über das zeitgemäße Thema:

„Ist die Währung in Gefahr?"

Kein Alt- und Neusparer darf fehlen.

Freie Aussprache! Eintritt frei!

Der Vorstand.

Der diesjährige

Saison-Schlußverkauf

beginnt

am **Montag, den 18. Juli 1932** und dauert bis Samstag, den 30. Juli 1932.

Der Käufer erwartet
zu dieser Zeit günstig einkaufen zu können.

Jedes Geschäft schädigt sich selbst
wenn es die zum Verkauf gestellte Ware nicht anbietet.

Ihr Angebot
erzielt den besten Erfolg
durch eine Anzeige in unserer Zeitung!

Platz für alle Zehen



Achten Sie darauf, daß Ihr Kind mit gesunden Füßen heranwächst

ADA-ADA-Schuhe haben anerkannt beste Paßform



Zu haben bei

Schuh-Rombelsheim
Opladen
Düsseldorferstr. 3
Kämpchenstr. 11

(Eigene Reparatur - Werkstätte)

Clangor:
Die Schallplatte des Musikgebildeten!

EINKAUF: DER MODERNEN FABRIK DIREKT VON DER

Elektrisch aufgenommen
Doppelseitig spielbar
Schwerzerbrechlich

I. Meister der Musik:
(Große Oper, Konzert, Kammermusik, Gesang- und Instrumentalsoli, Historische Märsche, Klassische Operette)
25-cm-Platte jetzt **1.60** RM
30-cm-Platte jetzt **2.40** RM
zuzüglich Porto

II. Tanz-, Tonfilm- und Unterhaltungsmusik
25-cm-Platte jetzt **1.40** RM
zuzüglich Porto

Tonvollendete Aufnahmen Weltruf genießender Künstler und Kapellen!

Plattenverzeichnis kostenlos und unverbindlich!

Schallplatten-Volksverband
CLANGOR-SCHALLPLATTEN G.M.B.H.
Berlin - Charlottenburg 2
Berliner Straße 41-43

Kasino Hilgen

Sonntag, den 17. Juli, nachmittags 5 Uhr

Versammlung

Tagesordnung:
Bezahlen der Bezüge und Rückstände.
Bestellung von Kohlen, Briketts usw.
Verschiedenes.

Der Vorstand.

Körbe und Futtermittel sind auf Lager.

UHREN-Reparaturen
preiswert unter Garantie.
Haarsma
Uhrmacher und Optiker
Burscheid, Hauptstraße 66.

Zugreifen!
ca. 20 Nähmaschinen
versenkbar, mit kleinen Schönheits-Fehlern, tief unter Preis abzugeben. Kleinste Raten (wöchentlich 2.— RM). Anfragen an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.



Wie man sein Hühneraug' entfernt?
Mit „Lebewohl" wird es entkernt.
Hühneraugen-Lebewohl Blechd. (8 Pflaster) 68 Pfg. in Apotheken und Drogerien Sicher zu haben: L. Becker, Colonia-Drogerie, Hauptstraße 29.
Central-Drogerie Alb. Lonnoy.

Bauholz
Bretter
Dielen, Latten, Rahmen u. Fußboden in allen vorkommenden Breiten und Stärken
Fußleisten, Spalierlatten Kalk-, Hohl- und Tapeten-Leisten
zu den billigsten Tagespreisen stets vorrätig
Oskar Heinrichs
Holzhandlung u. -Bearbeitung
Burscheid, Fernspr. 520.

Freiw. Feuerwehr
Löschzug 3 Dierath.
Am **Sonntag, d. 17. Juli** 1932, 6 Uhr morgens
Übung
Um vollzähliges und pünktliches Erscheinen bittet:
Der Brandmeister: **Wescher.**

Freiw. Feuerwehr
Löschzug 4 Paffenlöh.
Sonntag, den 17. Juli, morgens 6 Uhr
Übung
Adams, Brandmeister.

AUTO-FAHRTEN
unter billigster Berechnung übernimmt
JOSEF TRAPPEN
Burscheid
Höhestrasse
FERNRUF 666

Drucksachen
liefert die Buchdruckerei dieser Zeitung.

Postkarten in jeder Ausführung liefert schnell und billig die Buchdruckerei dieser Zeitung

Fahrpläne
zum Preise von 30 Pfennig sind zu haben in der Geschäftsstelle dieser Zeitung

Bergischer Volksbote

Burscheider Zeitung

Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid — Nr 164 — 2. Blatt — Freitag, 15. Juli 1932

Blühende Linden

Ueberall in Stadt und Land ist jetzt in diesen warmen Sommertagen der süße, feine Duft der Lindenblüten wahrnehmbar. Die Linde ist eine der ältesten Bäume Deutschlands. Ueberall ist sie seit Jahrhunderten in allen deutschen Landen bekannt. In jedem Dorfe, in fast allen Städten, an den Toren, auf den Märkten, vor dem Rathause und in den schönen lauschigen Eckchen unserer alten deutschen Städte und Städtchen haben unsere Vorfahren sie gepflanzt. Aus ihrem Holz schnitten die alten Germanen ihre Schilde. Die Linde gab den Gasthäusern und den Gehöften den Namen. Wenn sie erzählen könnten diese Linden, dann würden sie sprechen von Generationen, die in ihrem Schatten als Kinder spielten, als reife Männer hier ihre Beratungen hielten und schließlich als Greise Ruhe suchten und fanden unter dem kühlen Schatten der mächtigen Aeste; sie würden erzählen aus alter Geschichte, da noch Germanensitte und Bräuche herrschten. Das wertvollste an diesen Bäumen sind aber die Blüten, aus denen sich ein vorzüglicher Tee gegen mancherlei Krankheit bereiten läßt. Herrlich sind die Abendstunden, wenn die Bienen die goldenen Duftbecher umschwirren, wenn die Stunde der Heimlichkeit und des Sommerabendglückes gekommen ist, jene Stunden, die man in ihrer vollen Schönheit nur in dem stillen Dorffrieden unseres deutschen Landes erleben kann. Die deutschen Dichter aller Zeiten haben deshalb auch dem Lindenbaum ihre schönsten Verse gewidmet, die in ihrer ganzen Volkstümlichkeit noch heute erhalten sind. Wenn die Großstadtmenschen unter dem Duft der Lindenblüten in stillen Anlagen wandeln, wenn dann in weiter Ferne der Großstadtlärm verschwindet, dann denkt mancher zurück an die schönen Jugendtage, die er in dem Schatten der Dorflinde verlebt hat.

Versuchsring im Rhein-Wupper-Kreis

Die Besichtigungsfahrt des Versuchsrings im Rhein-Wupper-Kreis unter Führung des Versuchsringleiters Dr. Dierkes zeigte den Teilnehmern zunächst die mustergültige Gemüsezucht der Kreisgärtnerei. Die Autofahrt führte zunächst nach Reusrath, wo im Betriebe von Herrn Theisen, in dem u. a. auffiel, daß die Stangenbohnen nicht mehr an Holzstangen, sondern Drahtbogen gezogen werden. Herr Chr. Neffgen, Reusrath, machte einen interessanten Sortenversuch in Rotkohl. Ein Sortenversuch mit sieben verschiedenen Weizensorten auf sandigem Lehm sah man im Betrieb von Herrn K. zur Gathen, Quettingen. Ein bei Herrn Linden, Steinbüchel, angelegter Weizensortenversuch auf mildem Lehmboden soll ebenfalls Aufschluß im Weizenbau bringen. Den Abschluß der Fahrt bildete die Besichtigung der mustergültig durchgeführten Weidekoppelungen im Betriebe des Herrn W. Köllges in Witzhelden-Krähwinkel. Allgemeinen Beifall fand ferner eine von dem Besitzer selbst gebaute Schleppe zur Fladenverteilung, ein einfaches Gerät, das weiteste Verbreitung verdient.

Im Anschluß an die Besichtigungsfahrt fand in Witzhelden eine Versammlung statt, in der Oekonomierat Hummelsheim dem Leiter des Versuchsrings Herrn Dr. Dierkes und dem Kreisgärtner Herrn Modemann besonderen Dank für ihre Arbeit zollte. Dr. Huppert, Bonn, sprach über die in diesem Jahr im stärksten Maß zu beobachtende Lagerung von Weizen infolge Befalls durch Fußkrankheiten. Das beste Mittel dagegen sei eine geregelte Fruchtfolge. Ueber „Versuchsringarbeit und Praxis" erstattete Direktor Dr. Buter Bericht. Eine Reihe von Fragen wie Grünlandbewirtschaftung, Bodenbearbeitung, Fütterung, Stallmistpflege usw. harren noch der Lösung. Herr Müller, Engstenberg, hat auch die Schädlingsbekämpfung mit in den Bereich des Versuchsrings zu ziehen. Dr. Dierkes berichtete u. a. noch über die Ergebnisse der im letzten Jahr durchgeführten Kühllagerungsversuche mit Gemüse, die in diesem Jahr mit Unterstützung der KOG Opladen weiter fortgesetzt werden.

Der Segen des Sommers wird eingebracht



Rundfunkerlaß für Arbeitslose

Vom Postamt Burscheid wird uns geschrieben:

Seit 1. März 1931 können die Rundfunkgebühren einer bestimmten, engeren Gruppe von Arbeitslosen erlassen werden. Durch teilweise unrichtige Auslassungen in den Tages- und Fachzeitschriften über den Kreis der Arbeitslosen, der von der Zahlung der Rundfunkgebühr befreit werden kann, sowie über die Voraussetzungen, unter denen die Gebühren erlassen werden können, sind unter den Arbeitslosen die verschiedensten Auffassungen verbreitet, und mancher Arbeitslose glaubt, es geschehe ihm Unrecht, wenn ihm von seinem Postamt die Gebühren nicht erlassen werden. Es soll daher kurz und eindeutig gesagt werden, wenn die Rundfunkgebühren erlassen werden können, und welche Voraussetzungen dabei erfüllt werden müssen. Die verschiedenen Bestimmungen nebst ihren Ergänzungen sind nachstehend in ihrer zur Zeit gültigen Fassung zusammengestellt. Danach können die Rundfunkgebühren folgenden Arbeitslosen erlassen werden.

1. Arbeitslosen, die Krisenunterstützungsempfänger sind, oder als ausgesteuerte Krisenunterstützungsempfänger von den Gemeinden Wohlfahrtsunterstützung erhalten;

2. Arbeitslosen, die nach Wegfall der Arbeitslosenunterstützung nicht erst Krisenunterstützung, sondern von den Gemeinden sogleich Wohlfahrtsunterstützung erhalten;

3. Arbeitslosen, die den Gemeinden zur Wohlfahrtsunterstützung überwiesen sind (nach Wegfall der Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung), wegen Mittellosigkeit ihrer Gemeinde aber vorübergehend keine Unterstützung erhalten, wenn sie eine entsprechende Bescheinigung der zuständigen Gemeinde vorlegen;

4. aus der Krisenfürsorge ausgesteuerten kriegsbeschädigten Arbeitslosen, die zwar keine Wohlfahrtsunterstützung erhalten, deren Bedürftigkeit jedoch durch die Gewährung der Zusatzrente (§ 88 ff RVG) anerkannt ist;

5. kriegsbeschädigten Arbeitslosen, die nach Wegfall der Arbeitslosenunterstützung infolge Anrechnung ihrer Militärrenten keine Krisen- oder Wohlfahrtsunterstützung erhalten, denen aber wegen Bedürftigkeit die Zusatzrente (§ 88 ff RVG) gewährt wird.

Die Gebühren können den unter 1—5 genannten Personen nur unter der Voraussetzung erlassen werden, daß die Arbeitslosen oder mit ihnen im selben Haushalt lebenden Familienangehörige (Ehegatten, Eltern oder Kinder) zur Zeit der Stellung des Antrages auf Gebührenerlaß seit dem 1. Januar 1931 insgesamt mindestens 6 Monate ordnungsmäßige Rundfunkteilnehmer gewesen sind. Den Familienangehörigen, die nicht unter die 1—5 genannten Personen fallen, können die Gebühren, wie vielfach angenommen wird, nicht erlassen werden.

In der Aufzählung unter 1—5 ist klar gesagt, welchen Arbeitslosen die Gebühren erlassen werden können. Es können nicht jedem Arbeitslosen und jedem Wohlfahrtsempfänger die Gebühren erlassen werden, sondern nur denjenigen, die Krisenunterstützung erhalten oder als ausgesteuerte Krisenunterstützungsempfänger von den Gemeinden Wohlfahrtsunterstützung bekommen, also nur die Arbeitslosen, die während ihrer früheren versicherungspflichtigen Beschäftigung an das Reich Arbeitslosenbeiträge haben zahlen müssen.

Den früher selbständig Gewerbetreibenden, den vielen Klein- und Sozialrentnern können die Gebühren nicht erlassen werden.

Es können die Rundfunkgebühren einem Arbeitslosen auch dann nicht erlassen werden, wenn es seine Gemeinde aus anderen als den unter Ziffer 3 genannten Gründen ablehnt, dem Arbeitslosen Wohlfahrtsunterstützung zu zahlen. Praktisch kann dabei der Fall eintreten, daß einem Arbeitslosen, als Krisenunterstützungsempfänger die Gebühren erlassen werden, daß er aber die Gebühren wieder entrichten muß, wenn ihm die Gemeinde keine Wohlfahrtsunterstützung zahlt. Das sieht im ersten Augenblick zwar etwas „unglaublich" aus, wird aber verständlich, wenn man sich überlegt, wer die Krisenunterstützung zahlt und wer die Wohlfahrtslasten trägt. Die Mittel für die Krisenunterstützung werden fast ganz vom Reich und nur zu einem kleinen Bruchteil von den Städten aufgebracht, während die Lasten für die Wohlfahrtsunterstützungen ausschließlich von den Gemeinden getragen werden. Auf Krisenunterstützung hat der Arbeitslose unter bestimmten Voraussetzungen gewissen Anspruch. Die Gemeinden gewähren aber heute Wohlfahrtsunterstützung nur nach strengster Prüfung. Wenn noch irgendeine Möglichkeit für den Arbeitslosen besteht, sich aus eigenen Mitteln und aus eigener Kraft zu unterhalten, bekommt er keine Wohlfahrtsunterstützung. In diesem Falle können ihm auch die Gebühren nicht erlassen werden.

An diese Bestimmungen, die unter Mitwirkung des Verwaltungsrats der Deutschen Reichspost aufgestellt und vom Reichspostministerium erlassen wurden, sind die Postämter, die für die Gebührenbefreiung der Arbeitslosen zuständig sind, streng gebunden. Sie können über diese Bestimmungen nicht hinausgehen.

Mit Wirkung vom 1. August 1932 können die Rf-Gebühren auf Antrag auch Arbeitslosen erlassen werden, denen die versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung nach Ablauf von 36 Tagen (6 Wochen) wegen Hilfsbedürftigkeit weiter gewährt wird.

In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß auch den Blinden, Schwerkriegsbeschädigten und Siechen unter bestimmten Voraussetzungen die Gebühren erlassen werden können.

Aus der Heimat

Ständchen am Krankenhaus

Wiederum stellte sich der Oelberger Musikverein am gestrigen Abend in den Dienst der Allgemeinheit. Diesmal brachte das gut besetzte Blasorchester unter Leitung von Kammermusiker Willi Weber, den Insassen des Krankenhauses „Budde-Stiftung" hierselbst ein Ständchen. Die vorgetragenen Musikstücke fanden ungeteilten Beifall. „Auf baldiges Wiedersehen" rief man beim Abschied den Musikern zu.

Wertungssingen des Westdeutschen Chorverbandes in Remscheid

Der hiesige Männergesangverein „Cäcilia", der auch an dem Wertungssingen in Remscheid teilnimmt, wird am kommenden Sonntag, den 17. Juli, die dort zum Vortrag kommenden beiden Chöre in einer öffentlichen Probe zu Gehör bringen. Es werden vorgetragen als Chor „Mahnspruch" von Fr. Nagler, und als Volkslied „Waldeinsamkeit" von Sendel. Die Probe findet vormittags um 11 Uhr bei Urbahn statt, und werden hiermit alle Freunde des Chorgesanges freundlichst eingeladen.

Wahlkundgebung

Am kommenden Montag, den 18. Juli, abends 8 Uhr findet im Lokale Conrads-Viktoriastraße eine öffentliche Wahlkundgebung der Arbeiter- und Bauernpartei Deutschlands christlich-radikale Volksfront (früher Christlich-soziale Reichspartei) statt, in der Parteifreund Hofmeister-Hagen über das Thema spricht „Wo stehen wir als christliche Arbeiterschaft?"

Siehe auch Anzeige in morgiger Ausgabe.

Frauenkundgebung in Köln

Unter dem Motto „Frauen paßt auf!" veranstalten der Rheinisch-Westfälische Frauenverband und die Arbeitsgemeinschaft der Stadtverbände in Rheinland und Westfalen am Samstag, den 16. Juli, 6 Uhr in Köln im Großen Saal des Gürzenichs eine öffentliche Kundgebung. Die Kundgebung soll zeigen, daß die Mitarbeit der Frau in Staat und Wirtschaft um der Gesamtheit willen nicht entbehrt werden kann. Die Frauen wollen gleichberechtigte und gleichverpflichtete Staatsbürger sein, sie wollen die Verantwortung für die Gestaltung des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens mit dem Manne teilen. In Oberschulrätin Emmy Beckmann, der Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenvereins, haben die Rheinischen Frauen eine ihrer berufensten Führerinnen als Rednerin gewonnen.

Reichstagswahl 1932

Am Montag, den 18. Juli, findet um 9½ Uhr im Rathaus W.-Elberfeld eine öffentliche Sitzung des Kreiswahlausschusses des Wahlkreises Nr. 22 Düsseldorf-Ost zur Prüfung und Festsetzung der im Wahlkreis eingegangenen Kreiswahlvorschläge statt.

Die Wahlreden im Rundfunk

Wie bereits gemeldet, werden in der letzten Woche, also vom 24. bis 31. Juli, vor dem Wahltag alle großen und mittleren Parteien mit Ausnahme der Kommunisten Gelegenheit erhalten, ihr Wahlprogramm im Rundfunk vorzutragen. Hierzu erfährt der „Berliner Lokalanzeiger", daß als Redner die folgenden Persönlichkeiten in Aussicht genommen sind: Für die Deutschnationalen Geheimrat Hugenberg, für die Wirtschaftspartei Drewitz, für die Bayerische Volkspartei Schäffer, für das Zentrum Dr. Brüning, für die deutsche Volkspartei Dingeldey, für die Staatspartei Dietrich, für die Sozialdemokraten Wels. Wer für die Nationalsozialisten sprechen wird, steht noch nicht fest.

Die Buchenhofener Arbeiten

Wie von unterrichteter Seite versichert wird, sind nunmehr die Arbeiten zur Erweiterung der Buchenhofener Kläranlagen an die Firma August Dohrmann in Remscheid vergeben worden. Die Firma beabsichtigt, bereits am Montag mit den Arbeiten zu beginnen, um die bekanntlich seit Jahren ein erbitterter Streit geführt wurde. Ob aber mit diesem Notbehelf die Wupperverschmutzung abgestellt wird, bleibt doch recht zweifelhaft. Der Wupperverband wird erst Erfahrungen machen müssen.

50 000 Mark gezogen

In der gestrigen Vormittagsziehung der preußisch-süddeutschen Staatslotterie wurde auf die Nummer 279 354 ein Gewinn von 50 000 Mark gezogen. Das Los wird in der ersten Abteilung in Viertellosen in Württemberg und in der zweiten Abteilung in Achtellosen in Bayern gespielt.

Fort mit der Schlachtsteuer!

Auf einer außerordentlichen Bezirkstagung des Bezirksvereins Rheinland und Westfalen im Deutschen Fleischerverband wurde nach scharfen Protestreden gegen die preußische Schlachtsteuer folgende Entschließung angenommen: Angesichts der zu erwartenden Auswirkungen der Schlachtsteuer lehnt der Bezirkstag diese auf das schärfste ab. Auch die anwesenden Vertreter der Landwirtschaft und der deutschen Hausfrauenvereine setzten sich auf das entschiedenste für eine Aufhebung der Steuer ein. Falls nun die Regierung keine Maßnahme trifft, diese Steuer mit sofortiger Wirkung aufzuheben, wird der Vorstand des Bezirksvereins ermächtigt, seinerseits Maßnahmen zu treffen, welche eine sofortige Ermäßigung der Gebühren und Kosten innerhalb des Fleischergewerbes zur Folge haben. Einen Streik lehnt der Bezirkstag ab. Der Bezirksverein Rheinlands und Westfalens im Deutschen Fleischerverband glaubt sich eins mit allen Kollegen Preußens in der Auffassung, daß es unbedingt notwendig ist, einen Ausschuß auf breitester Grundlage ins Leben zu rufen, dessen Aufgabe es ist, alle Schritte zu erwägen und vorzubereiten, die erforderlich sind, um die sich so verhängnisvoll auswirkende Schlachtsteuer baldigst zu Fall zu bringen. Der Vorstand richtet deshalb an den Deutschen Fleischerverband die Bitte, für die Verwirklichung obiger Auffassung Sorge zu tragen.

Der Sonntagsverkauf von Obst und Zeitungen

In einem Erlaß an alle Regierungspräsidenten erklärt sich der preußische Handelsminister damit einverstanden, daß die Ausnahmen vom Verbot der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe auch auf den Verkauf von Obst und Zeitungen ausgedehnt werden. Für die Erleichterung des Verkaufs von

Aus der Gemeinde Witzhelden

Aus Anlaß der Witzheldener Kirmes

fahren die Omnibusse von Solingen (Schillerplatz) am Sonntag, den 17. Juli und Montag, den 18. Juli, um 10.15, 12.15, und ab 14.00 stündlich nach Witzhelden. Gelegenheit zur Rückfahrt nach Solingen besteht stündlich.

Auf der Linie Leichlingen—Witzhelden fahren die Omnibusse am Sonntag, den 17. Juli um 10.00, 11.52, 14.07, 17.40, 20.10, und 22.55 Uhr ab Leichlingen nach Witzhelden, Montags um 8.00, 11.52, 14.07, 17.40, 20.10 und 22.55 Uhr. Rückfahrt nach Bedarf.

Auf der Linie Hilgen—Witzhelden verkehren die Omnibusse ab Hilgen nach Witzhelden am Sonntag und Montag um 7.15, 11.00, 14.01, 15.40, 17.55, 19.30, 20.45 und 22.30 Uhr.

Zur Reichstagswahl

Den Stimmberechtigten wurden inzwischen die Wahlausweiskarten für die kommende Reichstagswahl zugestellt. Sofern hierbei Stimmberechtigte übersehen wurden, besteht noch die Möglichkeit der Einsichtnahme in die Wählerliste bis zum kommenden Sonntag und zwar an diesem Tage während der Zeit von 11 bis 12 Uhr. Nach diesem Zeitpunkt können Ergänzungen der Wählerliste nicht mehr vorgenommen werden. Wer also sein Wahlrecht nicht verlustig gehen will, mache von dieser Möglichkeit Gebrauch.

Die Meisterprüfung

im Fleischerhandwerk bestand in Dortmund der Sohn des Metzgers Richard Dabringhaus hierselbst. Dem jungen Meister für sein Fortkommen auch unsere besten Wünsche.

Obst an Sonn- und Festtagen dürfte in Gegenden mit starkem Fremdenverkehr allgemein ein Bedürfnis vorliegen. Ob und in welchem Umfang ein Bedürfnis zur Zulassung eines erweiterten Verkaufs von Zeitungen an Sonn- und Festtagen besteht, bleibt dem Ermessen der Regierungspräsidenten überlassen. Die Erleichterung für den Verkauf von Obst und Zeitungen an Sonn- und Festtagen soll nicht dazu führen, daß in Verkaufsstellen, die gleichzeitig noch andere Waren führen, auch der Verkauf dieser Waren statthaft ist. Der Minister ersucht daher, bei der Zulassung von Ausnahmen der Genehmigung eine entsprechende Fassung zu geben.

„Für Verdienste um die Volksgesundheit"

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, wurde die Staatsmedaille „Für Verdienste um die Volksgesundheit" in Silber verliehen dem Geh. Regierungsrat Prof. Dr. C. Duisberg in Leverkusen; die Staatsmedaille „Für Verdienste um die Volksgesundheit" in Bronze: dem Professor Dr. H. Hörlein in Wuppertal-Elberfeld.

Ermäßigung der patentamtlichen Gebühren

Die in der Zeit vom 1. Juli 1932 bis 30. Juni 1934 fällig werdenden Patentjahresgebühren ermäßigen sich nach der Notverordnung vom 14. Juni 1932 bei der Gebühr für das 10. Patentjahr von 300 RM auf 250 RM, für das 11. Patentjahr von 400 RM auf 300 RM, für das 12. Patentjahr von 500 RM auf 350 RM, für das 13.—18. Patentjahr um je 200 RM.

Handel mit Papiertapeten

Nach einer Verordnung des Reichskommissars für Preisüberwachung vom 29. Juni 1932 gilt die Verordnung über den Handel mit Papiertapeten vom 1. Februar 1932 bis zum 31. Dezember 1933.

Die Einbürgerung in Preußen

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst der Antwort des Preußischen Ministers des Innern auf eine Kleine Anfrage entnimmt, werden die bei preußischen Behörden gestellten Einbürgerungsanträge in jedem Einzelfall sorgfältig geprüft. Die Einbürgerung erfolgt nur, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, die Antragsteller den zwischen den Ländern vereinbarten Richtlinien genügen und die außerpreußischen Länderregierungen im Umfrageverfahren Bedenken nicht erhoben haben oder der Reichsrat die vorgebrachten Bedenken für unbegründet erklärt hat.

Nach einer neueren Entschließung des Reichsrats soll übrigens der Einbürgerung von Ausländern nichtdeutscher Herkunft in der Regel ein Inlandsaufenthalt von 20 Jahren vorhergehen.

Der Doppelbrief kostet 25 Pfg.

In der Oeffentlichkeit herrscht vielfach Unklarheit darüber, weshalb die Gebühr für einen Brief über 20 Gramm nicht das Doppelte des einfachen, sondern 1 Pfg. mehr, also 25 Pfg. beträgt. Bis zum 15. Januar dieses Jahres kostete er 30 Pfg. Danach wurde der Satz für den Brief bis 20 Grann auf 12 Pfg., der für den doppelten, über 20 bis 250 Gramm, auf 25 Pfg. ermäßigt. Die Bezeichnung Doppelbrief ist eigentlich nicht richtig. Man kann hierunter nur Sendungen verstehen, die nochmal so schwer, also 40 Gramm wiegen. Für 25 Pfg. kann der Absender aber bis zu $^1/_2$ Pfund verschicken. Die Mehreinnahme des einen Pfennigs soll den Verlust der Posteinnahme durch die Preissenkung etwas mildern. Außerdem wurde der Druck einer neuen Marke erspart.

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

Einbruchsdiebstahl

Opladen, 15. Juli. In der Nacht zum Mittwoch wurden aus einem Geschäft in der Düsseldorfer Straße größere Mengen Lebensmittel, außerdem im angrenzenden Raum, einem Cafe, ein Radioapparat Marke Gloria gestohlen. Die Diebe müssen mit den örtlichen Verhältnissen sehr vertraut gewesen sein.

Schwerer Einbruchsdiebstahl

Opladen, 15. Juli. In der Nacht zum 14. wurde in dem Photogeschäft Birkel ein Einbruchsdiebstahl verübt. Die Täter sind von hinten durch ein Fenster in das hinter dem Laden liegende Zimmer eingestiegen. Zu dem Zweck haben sie von dem benachbarten Lagerplatz eine Leiter benutzt. Aus dem Laden haben sie eine Anzahl Photoapparate, verschiedene Marken, im Werte von ca. 1000 Mark gestohlen. Sämtliche Apparate sind ohne Kassetten gestohlen worden. — Am Mittwochmittag wurde in einem Geschäft in der Gartenstraße ein Diebstahl verübt. Der Täter drang, ohne bemerkt zu werden, in den Laden ein und überstieg die Ladentheke. Er entwendete 150 Päckchen Zigaretten der verschiedensten Marken und konnte unerkannt wieder entkommen. Der Besitzer entdeckte erst später den Diebstahl. Bisher fehlt noch jede Spur von dem Dieb.

Merkwürdige Küken

Langenfeld, 15. Juli. Der Sohn eines Bürgers nahm vor einigen Wochen aus einem Fasanennest in der Reusrather Jagd sechs Eier und ließ sie durch ein Huhn ausbrüten. Die etwas merkwürdigen Hühnerküken machten bald von sich reden. Der Jagdhüter erschien eines Tages, stellte die wahre zoologische Abstammung der munteren Tierchen fest, beschlagnahmte sie und brachte den strebsamen „Züchter" zur Anzeige. Die Küken dürften etwas teuer werden!

Bekanntschaft mit dem „Vater Rhein"

Baumberg, 15. Juli. Ein mit zwei jungen Leuten, einer Dame und einem Herrn, besetztes Paddelboot kenterte im Wellengang, wodurch die Insassen plötzlich Bekanntschaft mit dem „Vater Rhein" machten. Während der junge Mann sich an einem gerade vorüberfahrenden Schleppzug hängen konnte, wurde die junge Dame von dem Fährmann Uhr in Baumberg mit dem Motorboot gerettet. Es gelang auch, das Boot mit Inhalt zu bergen, so daß die beiden Paddler nach einiger Zeit ihre Fahrt weiter fortsetzen konnten.

Leichlinger Obstmarkt 1932 findet statt

Leichlingen, 15. Juli. Der Sitzung des Vorstandes des Verschönerungs- und Verkehrsvereins ging eine kurze Besichtigung der vom Gartenkasino geschaffenen Gartenanlagen am Schraffenberg voraus. Der „Leichlinger Obstmarkt" findet in diesem Jahre wieder statt, und zwar in der Turnhalle an der Opladener Straße. Die auf den vergangenen Märkten gemachten Erfahrungen sollen verwertet werden.

Jagdverpachtung in Wermelskirchen

Wermelskirchen, 15. Juli. Die Jagdnutzung in der Stadtgemeinde Wermelskirchen soll demnächst neu verpachtet werden. Der Beschluß über Einteilung und Größe der Jagdbezirke der Gemeinde Wermelskirchen liegt mit den dazu gehörigen Unterlagen vom 18. Juli ab zwei Wochen lang auf Zimmer 11 des Rathauses in Wermelskirchen öffentlich aus.

Einbrüche — mit und ohne Erfolg

Wermelskirchen, 15. Juli. In der vorvergangegenen Nacht versuchten Diebe in die Lebensmittelgroßhandlung O. an der Kaiserstraße einzudringen. Nachbarn hatten von ihrer Wohnung aus das Vorhaben der Täter bemerkt und den Inhaber der Firma telephonisch benachrichtigt. Dieser gab der Polizei Nachricht, die dann auch bald am Tatort erschien. Beim Absuchen der Gebäulichkeiten und der angrenzenden Gärten stieß man auf einen Täter. Dieser hatte das Nahen der Polizei bemerkt und machte sich unter Ausnutzung der Dunkelheit ohne Beute aus dem Staube. Am Tatort ließ der Täter eine Handtasche mit Einbrecherwerkzeugen zurück. — Mehr Glück hatten dagegen die Einbrecher, die in der vergangenen Nacht das Pfarrhaus in Hünger heimsuchten. Hier stiegen sie unter Benutzung einer Leiter durch ein offenes Fenster in das Gebäude ein und durchwühlten fast sämtliche Zimmer des Hauses. Es fielen ihnen, soweit bisher festgestellt wurde, etwa 40 Mark Bargeld, ein Photoapparat mit Stativ und Ledertasche und einige Lebensmittel in die Hände.

Die Verwaltung bestimmt die Steuern

Wermelskirchen, 15. Juli. Da die Stadtverordneten den Haushaltplan ablehnten und die notwendigen Einnahmen aus Steuern demzufolge ausbleiben mußten, hat der Bürgermeister folgenden Beschluß auf Grund der Notverordnung gefaßt: Der Haushaltplan wird in der Einnahme mit 1 736 000 Mark und der Sonderhaushaltplan mit 64 652 Mark festgesetzt. Für das Rechnungsjahr werden 260 v. H. Zuschlag zur Grundvermögenssteuer vom unbebauten und 290 v. H. vom bebauten Besitz erhoben, 580 v. H. Zuschlag zur Gewerbeertragssteuer und 1560 v. H. zur Lohnsummensteuer. Der Zuschlag zur Gewerbeertragssteuer ermäßigt sich nach den gesetzlichen Bestimmungen auf 540 v. H. für den Steuerpflichtigen. Als Zweigstellensteuer wird zur Gewerbeertragssteuer ein Zuschlag von 116 v. H. erhoben. Bei der Bürgersteuer wird der dreieinhalbfache Satz erhoben.

Schüsse in der Nacht

Bergisch Born, 15. Juli. Auf dem Wege nach Beek, zwischen Trecknase und Bergisch Born, wurde in der Nacht zum Donnerstag kurz nach 1 Uhr ein von einer Versammlung heimkehrender Stahlhelmer von vier Männern überfallen und beschossen. Es wurden vier bis fünf Schüsse abgegeben, von oenen einer den linken Unterarm traf. Die herbeigerufene Sanitätskolonne verband den Verletzten und schaffte ihn in seine Wohnung. Der vermutliche Täter wurde jn das Polizeigefängnis eingeliefert.

Vier Wohnhäuser vom Blitz getroffen

Radevormwald, 15. Juli. Bei dem schweren Gewitter am Dienstag wurden durch kalte Blitzschläge vier Wohnhäuser getroffen, und zwar: am Wiedenhofkamp, ein städtischer Bau am Hermannshagen und die Häuser von Fabrikant Mundorf-Blumenstraße und Landwirt Hageböcker in Nadelsiepen. Der Schaden ist nicht bedeutend.

Aus der Gemeinde Odenthal

Uebung der freiwilligen Sanitätskolonne

Am Sonntagmorgen 9 Uhr alarmierte der Kolonnenführer seine Mitglieder durch Telefon nach Altenberg. Es ist natürlich schwer in unserer Gemeinde, da die Mitglieder so weit auseinander wohnen. Trotzdem erschien der erste in 10 Minuten. In kurzen Abständen folgten die anderen. Es war angenommen, daß auf dem Kahnweiher ein paar junge Leute beim Kahnfahren ertrunken waren. Diese wurden aus dem Wasser gezogen und die nötigen Maßnahmen getroffen und dann Wiederbelebungsversuche (künstliche Atmung) angestellt. Auch der Kolonnenarzt Dr. Kerstien war erschienen. Bei der Kritik drückte er seine Befriedigung gegenüber den Mitgliedern aus. Anschließend wurde noch der Ordnungsdienst geübt. Den Telefoninhabern sei an dieser Stelle herzlich gedankt für die schnelle Benachrichtigung der Mitglieder.

Ein Rader Olympiakämpfer

Radevormwald, 15. Juli. Unter den Kämpfern, die sich auf der Fahrt zur Olympiade befinden, ist auch ein gebürtiger Rader Junge, und zwar Herr Werner Spannagel, früher in Herkingrade. Er wird die deutschen Farben im Boxkampf vertreten.

Aus der näheren Umgebung

Remscheid

Tödlicher Unfall

Mittwoch gegen 20 Uhr wurde der dreijährige Sohn des Schießbudenbesitzers auf dem hiesigen Kirmesplatz durch Starkstrom in der Schießbude seines Vaters getötet.

Wuppertal

Schwere politische Zusammenstöße in Wuppertal

Anläßlich des Aufmarsches der Nationalsozialisten am Mittwoch im Elberfelder Stadion kam es während des Abends und in der Nacht in verschiedenen Stadtteilen zu Zusammenstößen. So überfielen in Sonnborn mehrere Kommunisten heimkehrende Nationalsozialisten. Im Verlaufe der Schlägerei fielen auch mehrere Schüsse, wobei zwei Nationalsozialisten schwer verletzt wurden. Bei einem anderen Zusammenstoß in Elberfeld mußte ein Kommunist mit einem Bauchschuß ins Krankenhaus geschafft werden.

Oberbergisches

Doppelhaus in Kupferberg abgebrannt

In Kupferberg bei Wipperfürth brannte Mittwochnachmittag das Doppelwohnhaus des Heinrich Köster und Johann Chint-Schenko ab. Die Kupferberger Feuerwehr griff sofort ein, konnte jedoch nicht verhindern, daß das gesamte Gebäude ein Opfer der Flammen wurde. Der Gesamtschaden ist erheblich. Fünf Familien wurden obdachlos.

Köln

Köln. Ein Lebensretter ertrunken. Am Kaiser-Friedrich-Ufer wurde in Höhe des Riehler Walls die Leiche des 29jährigen Anton Kutz aus dem Rhein gelandet. Kutz hatte am vergangenen Sonntag einen Ertrinkenden retten wollen. Kutz, der ein guter Schwimmer war, hat dabei wahrscheinlich einen Herzschlag bekommen.

Düsseldorf

Aktionsausschuß der Eisernen Front beim Regierungspräsidenten

Der Aktionsausschuß der Eisernen Front, der aus den Führern der Freien Gewerkschaften, des Reichsbanners, der Arbeitersportler und der Sozialdemokratischen Partei besteht, entsandte gestern eine Deputation zum Regierungspräsidenten, um dort auf den Ernst der Situation in Düsseldorf hinzuweisen. Sie übergab dabei dem Herrn Regierungspräsidenten das Material von Ueberfällen, die sich seit der Aufhebung des Uniformverbots in Düsseldorf ereignet haben. Das Material umfaßt Hunderte von Fällen, von denen jeder durch mehrere Zeugen belegt wurde. Die Deputation verlangte ein starkes Eingreifen der staatlichen Organe im Interesse der Staatsautorität und wies den Herrn Regierungspräsidenten auf die außerordentlich schwerwiegende Gefahr hin, die eintrete, wenn die Eiserne Front notgedrungen zur Organisierung des Selbstschutzes schreiten müsse.

Ein streitbarer Schäfer

Vorgestern gegen 20 Uhr entstand auf den Oberkasseler Rheinwiesen zwischen einem Schäfer und einem in der Pestalozzistraße wohnenden Installateur eine Streitigkeit. Der Installateur erhielt einen Schuß ins Knie und mußte dem Krankenhaus zugeführt werden. Der Schäfer wurde festgenommen.

Festnahme eines großen Betrügers

Festgenommen wurde hier der Kaufmann Christian Heim, der sich hier ohne Wohnung aufhielt, wegen fortgesetzten Betruges. Der Betrüger gab in den Tageszeitungen Annoncen auf wie: Wer beteiligt sich? Reingewinn 50 Prozent. Den sich meldenden Personen erklärte er, daß er zwar über genügende Gelder bei seiner Bank verfüge, daß er außerdem noch eine vertrauenswürdige Person benötige, der er sein Auslieferungslager anvertrauen könne. Für den Vertrauensposten verlangte er Geldbeträge in Höhe von 1000 bis 3000 Mark. Nachdem die Opfer ihr Geld gezahlt hatten, bekamen sie weder Waren noch ein Auslieferungslager zu sehen. Wenn die Geschädigten energisch ihr Geld zurückverlangten, wurden sie noch obendrein damit bedroht, daß sie für den Schaden haftbar gemacht würden, weil sie nicht den versprochenen Betrag zur Verfügung gestellt hätten und dadurch die ganze Angelegenheit zum Scheitern gekommen sei.

Zirkus Sarrasani spielt in Düsseldorf

Der von harten Schicksalsschlägen betroffene und schwer um seine Existenz ringende Zirkus Sarrasani, dem von allen Seiten ohne Rücksicht auf Partei und gesellschaftliche Unterschiede die größte Anteilnahme bekundet wurde, beginnt am 16. Juli in Düsseldorf ein Gastspiel.

Westdeutsches

Schleiden. Der „ewige Zöll" 101 Jahre alt. Wilhelm Zöll aus Hostel bei Commern, der älteste Einwohner des Kreises Schleiden und auch wohl der älteste des Rheinlandes, feiert am 15. Juli in erstaunlicher körperlicher und geistiger Frische seinen 101. Geburtstag. Von seinen sieben Kindern lebt noch eine Tochter, die auch schon fast 80 Jahre zählt. Der Jubilar stammt aus einer Familie, deren Mitglieder alle ein sehr hohes Alter erreichten. Seine Mutter wurde 93 Jahre alt, drei Brüder 84, 92 und 91 Jahre. Im vergangenen Winter hat der nunmehr 101jährige oder wie man ihn hier vielfach nennt: der „ewige Zöll", im Rundfunk aus seinem langen Leben erzählt.

Aus der Eifel. Ein gutes Erntejahr in der Eifel zu erwarten. Bei gutem Wetter ist die Heuernte in vollem Gange. Viel und erstklassiges Futter wird eingefahren. Der Klee steht schon im Heimfutter im zweiten Schnitt. Das Korn zeigt guten Ansatz, und vollwogend biegen sich die Aehren im Wind. Leider hat der Regen der letzten Tage stellenweise die Halme geknickt, sodaß sie flach an der Erde liegen. Hafer, Gerste und Weizen sind teilweise gut geraten; auch der Buchweizen verspricht gute Frucht zu bringen. Die Kartoffeln stehen stellenweise, besonders im Kalkboden, nicht gut. Wenn die Witterung keine besonderen Schäden bringt, haben die Eifelbauern immerhin ein gutes Erntejahr zu erwarten.

Mülheim (Ruhr). Im Entwässerungsgraben zu Tode gekommen. Der 4jährige Sohn eines in der Tunnelstraße wohnenden Schlossers stürzte in einem unbewachten Augenblick in einen Entwässerungsgraben, der sich in der Nähe der Drahtseilerei Kocks befindet. Das Kind konnte zwar nach kurzer Zeit geborgen werden, doch blieben die angestellten Wiederbelebungsversuche leider ohne Erfolg.

Münster. Feuer in einem Kino. Morgens gegen 1 Uhr wurde der Dachstuhl des Lichtspielhauses „Capitol" in der Ludgeristraße von einem Brande heimgesucht. Die mit mehreren Zügen erschienene Feuerwehr ging energisch an die Bekämpfung des Brandes und konnte diesen auch auf seinen Herd beschränken. Die gefährlichen Filmstreifen wurden rechtzeitig in Sicherheit gebracht. Die Bewohner der oberen Stockwerke konnten sich im letzten Augenblick in Sicherheit bringen, doch verbrannte ihr Mobiliar vollkommen, so daß der Schaden ziemlich groß sein dürfte. Der Vorführungsraum des Lichtspieltheaters hat durch das Feuer nicht gelitten, der Schaden durch die Wassermassen ist aber groß. Der Dachstuhl und der erste und zweite Stock sind vollständig ausgebrannt.

Das Neueste

Reichskanzler a. D. Dr. Brüning hat seinen Rechtsbeistand beauftragt, gegen den Führer der NSDAP in Jena, Postinspektor Schmidt, Strafantrag zu stellen. Schmidt hatte behauptet, daß Dr. Brüning beabsichtigt habe, Ostpreußen für zwei Milliarden Reichsmark an Polen und das Saargebiet für 99 Jahre an Frankreich zu verpachten.

Auf einer Wahlkundgebung der NSDAP in Köln, die von 3000 Personen besucht war, sprach am Donnerstagabend Reichstagsabgeordneter Dr. Göbbels.

Auf einer nationalsozialistischen Kundgebung in Schneidemühl, polemisierte der Gauleiter und Führer der Landtagsfraktion der NSDAP, Kube, sehr scharf gegen das Zentrum und die SPD.

In einer nationalsozialistischen Wahlversammlung in Kassel verlangte Landtagspräsident Kerrl das Eingreifen des Reichs in Preußen.

Die Eiserne Front veranstaltete Donnerstagabend in Berlin eine gut besuchte Wahlkundgebung, auf der Wels und Severing sprachen.

Das Nürnberger Schöffengericht verurteilte heute zwei Kommunisten, die an einem Ueberfall auf Nationalsozialisten am 11. Juli beteiligt waren, zu fünf und drei Jahren Zuchthaus.

Der Bischof von Berlin, Dr. Schreiber, gibt eine von den in der Fuldaer Bischofskonferenz vereinigten Bischöfen der Diözesen Preußens erlassene Kundgebung zu den bevorstehenden Reichstagswahlen bekannt.

Die Bayerische Staatszeitung tritt für ein allgemeines Uniform- und Demonstrationsverbot ein.

Wie die NSK berichtet, hat Gregor Strasser als Vorsitzender des Ueberwachungsausschusses des Reichstages an den Reichspräsidenten Loebe ein Schreiben gerichtet, in dem er gegen das Eindringen in seine Rechte protestiert. Er halte die Tagung des Ausschusses für ungesetzlich und habe den Reichsfinanzminister und den Präsidenten des Rechnungshofes darauf hingewiesen, daß er die Zahlung von Ausschußsitzungsgebühren in diesem Falle als unberechtigte Ausgaben betrachte.

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat das neue Magdeburger Tageblatt und die im gleichen Verlag erscheinenden Kopfblätter auf die Dauer von 7 Tagen verboten.

In der Nacht zum Freitag zog über Berlin ein schweres Unwetter nieder, das zahlreiche Ueberschwemmungen zur Folge hatte. Die Feuerwehr befand sich mehrere Stunden in Ausnahmezustand. Sie wurde etwa 500 Mal alarmiert.

In der vergangenen Nacht ging ein heftiges Unwetter über ganz Thüringen nieder. Der Schaden an den Grundstücken sowie der Verlust an weggeschwemmtem Vieh, landwirtschaftlichen Maschinen, Wagen und Hausgeräten, ist sehr beträchtlich. Der Bahndamm der Strecke Gera—Weimar ist zerstört. Ein Güterzug entgleiste.

Von heftigen Gewittern, die von wolkenbruchartigen Regengüssen begleitet waren, wurden gestern abend große Teile der sächsischen und preußischen Lausitz heimgesucht. Die Schäden, die die Wassermassen auf Feldern und Fluren, sowie an Gebäuden und Straßen angerichtet haben, sind vorläufig noch nicht zu übersehen. Die Staatsstraßen Löbau—Zittau und Medau—Görlitz mußten wegen außerordentlichen Verwüstungen gesperrt werden. Die Telefon- und Telegrafenverbindungen nach zahlreichen Orten waren heute früh unterbrochen. Auch die Bahnverbindung Herrnhut—Bernstadt ist unterbrochen. Noch in der Nacht wurden Teile des in Löbau liegenden Ausbildungsbataillons des Infanterie-Regiments Nr. 10 zu Hilfeleistungen und Aufräumungsarbeiten eingesetzt.

In dem Holzschuppen des Antwerpener Hafens brach gestern abend ein riesiger Brand aus.

Im englisch-irischen Streit ist eine neue Wendung eingetreten. MacDonald hat de Valera telefonisch zu einer Zusammenkunft in London eingeladen.

de Valera wird heute in London eintreffen, um sich mit MacDonald über die Möglichkeit der Beilegung des englisch-irischen Konfliktes zu besprechen.

Sir John Simon betonte gegenüber Vertretern der Weltpresse, daß die englisch-französische Erklärung sich lediglich auf Europa beschränke. Der Gedanke, daß sie eine Frontbildung gegen Amerika sei, müsse ganz entschieden zurückgewiesen werden.

In ihren Erläuterungen zur politischen Lage heben die Londoner Zeitungen durchweg hervor, daß von einer europäischen Einheitsfront gegenüber Amerika in der Schuldenfrage keine Rede sei. Sie benutzen die Gelegenheit dazu, um Deutschland nahe zu legen, die Bedenken gegen den Konsultativpakt zu überwinden und ihm beizutreten.

Zum Gentlemen-Agrement schreibt „Times", der Lausanner Vertrag sei an sich endgültig; aber sein Inkrafttreten müsse offenbar von anderen Schuldenvereinbarungen abhängen.

Einer „Times"-Meldung aus Tokio zufolge, soll der japanische Außenminister der Völkerbundskommission erklärt haben, daß die japanische Politik sich auf die endgültige Loslösung der Mandschurei von China und ihre Unabhängigkeit festgelegt habe.

Präsident Hoover richtete an Senator Borah einen Brief, in dem er sagte, er halte das neue europäische Konsultativabkommen nicht für eine Maßnahme, die ein gemeinschaftliches Vorgehen der Schuldnerstaaten Amerikas zum Ziele habe.

Wie in Washington verlautet, wird die amerikanische Abordnung in Genf als Prüfstein für die englisch-französische Entente eine viel schärfer gehaltene Abschlußentschließung in der Abrüstungsfrage unterbreiten, als sie vom englisch-französischen Block vorgesehen ist.

Wie Reuter aus Rio de Janeiro meldet, haben die Friedensunterhaltungen zwischen der brasilianischen Regierung und den Aufständischen im Staate Sao Paulo zum Ziele geführt.

Wiederaufnahmeverfahren im Mordprozeß Dr. Richter beantragt

Was ists mit Strophantin und Cardiazol?

Gegen den im Jahre 1929 vom Bonner Schwurgericht wegen Mordes an Frau Mertens aus Bonn zum Tode verurteilten Arzt Dr. Richter aus Bingen ist jetzt durch die Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Mannheimer (Mainz) und Rechtsanwalt Mayer 2 das Wiederaufnahmeverfahren beantragt worden. Dr. Richter, dessen Strafe in lebenslängliches Zuchthaus umgewandelt wurde, befindet sich in der Strafanstalt Rheinbach. Die Verteidiger führen in ihrem Antrag drei medizinische Gutachten an, in denen wissenschaftlich festgestellt wird, daß die Menge Strophantin, die Dr. Richter Frau Mertens eingeführt haben soll, bei weitem nicht ausreichte, um den Tod herbeizuführen. Selbst das vierfache des Quantums, täglich angewandt, könne zu keinem tödlichen Ausgang führen. Weiter wird dargelegt, daß nach dem Ergebnis von Sektionen Strophantin als Todesursache überhaupt ausscheide, da es das Herz nicht zum Stillstehen bringe. Neue Beweismittel werden auch zur Frage eines evtl. Selbstmordes der Frau Mertens vorgebracht. Unter Beweis wird weiter gestellt, daß Frau Mertens durch die Schwester der Heil- und Pflegeanstalt eine Cardiazolspritze erhalten habe. Cardiazol sei ein Herzgift und ein erst seit 1925 angewandtes medizinisches Mittel. Die Verteidigung verlangt eingehende Vernehmung der Schwester und Klarstellung über den Ort der Aufbewahrung usw. Schließlich wird von den Rechtsanwälten die Frage gestellt, ob in der vorgerückten Nachtstunde nicht eine Verwechslung möglich war, und was die Schwester bewogen habe, die Verabreichung der Cardiazolspritze zu verschweigen.

1100 Jahre Münstereifel

Festzug am 7. August

Am 7. August begeht die Stadt Münstereifel das Fest des 1100jährigen Jubiläums. Die Benediktiner der Abtei Prüm erbauten 832 im Peterstal, wie das Tal der oberen Erft von altersher bekannt ist, ihr Filialkloster Neumünster. Die Niederlassung wuchs gar schnell, erlangte sehr früh Stadtrechte und war Jahrhunderte hindurch der kulturelle Sender der mittleren Nordeifel. Handel und Wandel dieser Landschaft konzentrierten sich rückströmend auf Münstereifel und waren im Mittelalter Anlaß eines straff organisierten Zunftwesens.

Als Kneippbad und Sommerfrische ist das im lieblichen Erfttal gelegene Städtchen, umschlossen von efeuüberwucherten Wehrmauern, überragt von trutzigen Torburgen, weit über die Grenzen des Rheinlandes hinaus bekannt geworden. Verschiedene Phasen der Entwicklung werden am 7. August im historischen Festzug oder Freilichtspiel zur Darstellung gelangen. Am gleichen Tage bietet der Westdeutsche Rundfunk das Hörspiel: „Münstereifel, ein kulturelles Städtebild".

Schwere Unwetterschäden im Moseltal

2 Stunden Wolkenbruch bei Zell

Nach einem schwülen Sommertag ballten sich abends über der mittleren Mosel pechschwarze Wolken zusammen, die sich bei Zell in Form eines Unwetters von katastrophalem Ausmaß entluden. In ununterbrochener Folge zuckten aus dem schwarzen Gewölk grelle Blitze, begleitet von unheimlichen Donnerschlägen. Ueber zwei Stunden lang ergoß sich eine unermeßliche Wasserflut über die Weinberge und Hänge, staute sich in den engen Straßen und Wegen und drang im Nu bis in die ersten Stockwerke der Häuser ein. Die Einwohner, die noch unter dem Eindruck der Gülser Katastrophe standen, verließen fluchtartig ihre Wohnungen. Besonders in der südlichen Zeller Vorstadt Corrai flüchteten die Einwohner in die höher gelegenen Wohnungen, da sie vom Wasser bedroht wurden. Soweit man in der Nacht noch feststellen konnte, sind Menschenleben nicht zu Schaden gekommen. Wohl konnte ermittelt werden, daß zahlreiche Weinbergpfähle mit ausgerissenen Reben durch die Stadt in die Mosel trieben, sodaß anzunehmen ist, daß das Unwetter in den Gemarkungen und besonders in den Weinbergen verheerend gewirkt hat. — Gleich große Verwüstungen werden aus Kaimt, Merl und Pünderich gemeldet, wo auch viel Vieh ertrunken sein soll. Die Moselstraße wurde meterhoch überschwemmt, Autos und Motorräder blieben im Schlamm und Geröll stecken. In den betroffenen Orten war die Freiwillige Feuerwehr die ganze Nacht über an der Arbeit.

Liebestragödie in Münster

21jähriger erschießt seine Geliebte und sich selbst

Wie die Polizei in Münster mitteilt, wurde am Abend eine in der Ausbildung befindliche technische Assistentin in ihrem Zimmer in einem Hause der Kluckstraße mit einer klaffenden Wunde tot aufgefunden. Die Ermittlungen ergaben, daß ein Verbrechen wahrscheinlich ist. Die tödliche Verletzung dürfte mit einer 08-Pistole verursacht sein, die aber nicht gefunden wurde. Wie die weiteren Feststellungen ergaben, unterhielt das Mädchen ein Verhältnis mit einem 21jährigen Kaufmann aus Münster. Als man noch in der Nacht in dessen Wohnung eindrang, fand man auch diesen mit einer 08-Pistole erschossen in seinem Zimmer auf. Es muß angenommen werden, daß er selbst Hand an sich gelegt hat, was auch aus hinterlassenen Briefen hervorgeht. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen.

Tragische Folgen einer Neckerei

Der tödliche Wurf einer Forke

Wie verhängnisvoll sich eine an sich harmlose Spielerei auswirken kann, zeigt ein Fall, der sich auf dem Hofe des Landwirts Gustav L. in Solterwisch bei Herford ereignete. Dort neckten sich der zehnjährige Sohn und der 20jährige Knecht des Besitzers. Im Verlaufe ergriff der Knecht eine Forke und warf sie ohne böse Absicht hinter dem Jungen her. Dabei traf er das Kind so unglücklich am Kopf, daß es zusammenbrach und bald darauf starb.

Schwere Bluttat im Hunsrück

Den Schwager mit der Sense erstochen, Schwägerin und Kind schwer verletzt.

Nachmittags ereignete sich auf dem Schafhof in der Nähe von Simmern eine furchtbare Bluttat. Der Arbeiter Gallas erstach im Streit seinen Schwager Theisen mit einer Sense. Dann stürzte er sich auf seine Schwägerin und auf sein eigenes neunjähriges Kind und stach auf beide ein. Beide wurden schwerverletzt in ein Krankenhaus gebracht. Der Mörder, der dem Trunk ergeben ist, wurde in Haft genommen.

11. Deutsches Sängerbundesfest

Die letzten Vorbereitungen

Nachdem schon seit Wochen die Vorbereitungen für das 11. Deutsche Sängerbundesfest im Gange sind, wird jetzt auch äußerlich kund, daß sich Frankfurt auf ein festliches Ereignis vorbereitet. In allen Straßen, durch die am Sonntag, 24. Juli, der große Festzug seinen Weg nimmt, sind fleißige Hände dabei, Fahnenmasten und mit Tannengrün geschmückte Säulen aufzustellen. An dem Festzuge selbst, der nachmittags um zwei Uhr beginnt und dessen Vorbeimarsch etwa vier Stunden dauern wird, werden schätzungsweise 50 000 Menschen teilnehmen. Die Zahl der gemeldeten Sänger hat sich in den letzten Tagen auf 34 000 erhöht.

Die Zahl der Konzerte ist außerordentlich groß. Am Freitag, 22. Juli, finden neun große und am Samstag, 23. Juli, sogar 17 große gesangliche Veranstaltungen statt, wobei namentlich die von den Auslandsdeutschen veranstalteten Konzerte besondere Beachtung verdienen.

Außerdem sind zahlreiche volksdeutsche Kundgebungen vorgesehen, aus denen besonders die Große Kundgebung im Palmengarten am Sonntag, 24. Juli, abends 20 Uhr, zu erwähnen ist.

Die 6. Etappe der „Tour de France"

F. Bonduel-Belgien Sieger — Stoepel Dritter

Nach dem Ruhetag in Luchon führte die 6. Etappe der Frankreich-Rundfahrt von Luchon nach Perpignan über 323 Kilometer. Die Deutschen hatten mit Ausnahme von Max Bulla, Sieronski und Stoepel reichlich Pech. Risch leidet immer noch an einer Magenkrankheit, und Geyer und die übrigen deutschen Fahrer fielen durch Reifenschaden zurück. Das Wetter war ausgezeichnet, trotzdem wurden an die Fahrer starke Anforderungen gestellt, da die Strecke äußerst lang und außerdem wieder sehr hohe Berge der Pyrenäen zu bewältigen waren. Der deutsche Fahrer Stoepel hielt sich wieder sehr gut, mußte aber im Endspurt dem Belgier F. Bonduel und dem französische Bergspezialisten Leducq den Vorrang lassen. Bonduel erreichte als Erster in 11:50:31 Stunden das Ziel. Eine halbe Länge folgte Leducq und dichtauf Stoepel. Ferner waren in der Spitzengruppe noch Max Bulla und Thierbach. Im Gesamtklassement der Einzelfahrer behaupten sich weiter der Franzose Leducq und der Deutsche Stoepel. Frankreich führt im Gesamtklassement der Nationen vor Italien und Belgien. Deutschland liegt immer noch an vierter Stelle.

Turnen und Sport in der Heimat

Gauturn- und Sportfest am 16. und 17. Juli in der Kampfbahn zu Remscheid-Lennep

Wieder einmal rüstet die Bergische Turnerschaft zu ihrer größten turnerischen Jahresveranstaltung, dem Gauturnfest, daß die Erfolge der Breitenarbeit der Oeffentlichkeit kundtun soll, zugleich aber auch für die Turner ein Fest der Freude zu sein und für neue eifrige Arbeit weiterer Ansporn sein soll. Das das Fest auch diesmal wieder recht gelingen wird, dafür bürgt die emsige Vorarbeit die bisher von den Lenneper Turnbrüdern geleistet wurde und die recht große Teilnahme aller Gauvereine, die ganz erhebliche Meldeziffern zuließen. Die Veranstaltung selbst wird in ihrer Vielseitigkeit auch besondere Anziehungskraft haben, so daß auch die Zuschauer in großer Zahl zu erwarten sind.

Der Samstag bildet mit den Jugendwettkämpfen, dem Altersturnen und dem Mannschaftskampf der Knaben den Auftakt. Um 19 Uhr versammeln sich die vielen Kampfrichter die für den Sonntag letzte Informationen erhalten. Recht vielversprechend ist der Festabend im Berliner Hof, in dessen Verlauf die Gauwerberiege mit ihren vorzüglichen Leistungen aufwarten wird.

Am Sonntagmorgen ist nach dem Besuch der Gottesdienste um 7.30 Uhr in der Kampfbahn Antreten zu den ersten Kämpfen, denen sich alle übrigen anschließen. Die verschiedenen turnerischen und volkstümlichen Mehrkämpfe sind gegen 11,30 Uhr beendet und alsdann den Einzelkämpfen Platz zu machen, die über den Anfang des Nachmittags sich erstrecken. Um 2 Uhr setzt sich der imposante Festzug am Bahnhof in Bewegung, der um 2,40 Uhr auf dem Stadion eintrifft. Hierauf folgen alsdann in ununterbrochener Reihenfolge vielseitige Massenvorführungen; Sondervorführungen von etwa 25 Vereinen, Turnen der besten zwanzig Turner und Turnerinnen an Reck, Barren und Pferd u. a. m. Gegen 16,40 Uhr folgen nach einem Fahnenaufmarsch die Massenfreiübungen der Turner und Turnerinnen und Volkstänze, die als Vorführungen von besonderer Schönheit Glanzpunkte des Festprogramms sein werden und den Schluß des Festes bilden. Die Siegerehrung wird in feierlicher Weise durchgeführt und damit hat dann die Jahresveranstaltung der Bergischen Turnerschaft ihr Ende gefunden. Nachdem alle Vorbereitungen gut getroffen sind und auch das Wetter sich von der besten Seite zeigt, ist am kommenden Samstag und Sonntag in der Kampfbahn zu Remscheid-Lennep wiedereinmal mit Massenbesuch zu rechnen.

Schiedsrichtersitzung in Lennep

Kurz vor Beginn der neuen Spielzeit ladet der Gauspielausschuß zu einer wichtigen Schiedsrichtersitzung ein, die am 6. August 1932 in Lennep Lokal zur Glocke stattfindet und um 5 Uhr beginnt. Das Erscheinen aller Schiedsrichter ist unbedingte Pflicht. Fernbleiben wird bestraft.

Hans Stuck

hat seine Meldung zum Großen Preis von Deutschland am kommenden Sonntag auf dem Nürburgring zurückgezogen. Ueber die Gründe sprechen die verantwortlichen Stellen nicht gern.

Im Paddelboot über den Kanal



Diese schöne sportliche Leistung haben die beiden Deutschen König und Scheven aus der Gegend von Duisburg vollbracht: Sie fuhren rheinabwärts bis zur Nordsee, an der Küste entlang nach Scheveningen und von dort über den Kanal nach Lowestoft.

Das Wetter von heute und morgen

Noch weist bewölkt, vereinzelt Regen, mäßig warm, westliche bis nördliche Winde.

Diese Ausgabe umfaßt 10 Seiten
einschl. „Landmanns Sonntagsblatt"

Verantwortl. Schriftleiter:
i. V. Josef Maaßen, Burscheid.

Druck und Verlag: Hermann Claas, Burscheid, Mittelstraße 10.



KARNER DER DIKTATOR

VON WOLFGANG MARKEN

URHEBERRECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER WERDAU · SA

15

Als Jost ihn seiner Braut vorstellte und Marthe dem Riesen die Hand reichte, staunte sie, wie behutsam der Zyklop ihre Rechte drückte.

Mit einem Schwall russischer Worte überschüttete sie Iwan. Anscheinend gefiel ihm die Braut seines Herrn, und er war geneigt, auch auf sie seine Treue zu übertragen.

Natürlich verstand Marthe kein Wort.

„Er versteht nur ein paar Brocken Deutsch," sagte Hartmann. „Aber er wird es seiner schönen Herrin zuliebe gern lernen."

„Er war schon in Rußland dein Diener, Jost?" fragte Marthe.

„Ja, acht Jahre ist er nun unzertrennlich mit mir verbunden. Als ich Rußland verließ, war es selbstverständlich, daß er mit mir reiste."

* * *

Der Hochzeitstag kam heran.

Marthes Brautstaat war fertig, und die Hexenburg war festlich geschmückt. Ernst Kahnert war eingetroffen. Er war aus der Kahnertschen Familie der einzige Hochzeitsgast. Von den Dorfbewohnern hatte Jost den Bürgermeister, den Pfarrer, den Lehrer und den Rabenwirt eingeladen. Von denen aber sagten der Pfarrer und der Bürgermeister ab. Der Lehrer Hannes Dieter und der Wirt Steltzner kam.

Außerdem fanden sich die Familie des Maurers Schiller, die beiden Zimmerleute, der Gärtner und die beiden Holzfuhrleute Karl Hagemann und Wilhelm Becker zylinderbehauptet ein.

Vormittags um elf Uhr fand die standesamtliche Trauung statt, an die sich die kirchliche Trauung — der Pfarrer hatte nachgegeben — anschloß.

Die dumpfen Klänge der Orgel umbrausten sie, als sie in das Gotteshaus traten. Langsam wurden die Töne heller, lichter, und es klang bald wie der Gesang der Engel.

Der Pfarrer wartete mit starren Zügen.

Das Paar blieb am Altar stehen, und die Hochzeitsgäste nahmen in den Bankreihen Platz.

Stehend hörten sie die Rede des Pfarrers an.

Sie kam nicht von Herzen, das fühlten sie alle. Unwahrscheinlich klangen die [illegible] Worte, bis plötzlich ein Umschwung [illegible] bewirkte ein [illegible]

Der predigende Pfarrer fuhlte die Augen Jost Hartmanns auf sich ruhen, die starken, machtvollen Siegeraugen. In diesem Augenblick mußte der Pfarrer an die Zeit denken, da er ein junger Student war und noch Sehnsucht in sich trug, Sehnsucht nach dem Kampf, nach dem Siege. Aber er war nur bis zum Dorfpfarrer gekommen, war in der Enge geblieben. Ueberall war Enge um ihn, und in den Augen Hartmanns lag die Weite.

Und der Pfarrer kam sich plötzlich klein vor, ihm war zumute, als ob er als Geschlagener zu einem Sieger spräche.

Ein neuer Ton klang plötzlich aus seinen Worten, ein Ton voll Herzlichkeit und Güte, der wohltat und der Weihe der Stunde entsprach.

Die Ringe waren gewechselt, der Segen war gesprochen.

Ganz leise setzte die Orgel ein, und die Kinder sangen ein schlichtes Hochzeitslied.

Dann wurde das Paar stürmisch umdrängt und beglückwünscht. Auch der Pfarrer stattete seinen Glückwunsch ab.

Jost sah ihn dankbar an und sagte: „Ich danke Ihnen, Herr Pfarrer. Es sollte mich freuen, wenn wir Freunde würden. Sie haben mir heute eine große Freude bereitet."

Erfreut und verlegen hörte es der Pfarrer. Wie gern wäre er jetzt Gast gewesen, aber er wagte nicht, eine Andeutung zu machen, sondern verließ Haßlitz nach der Trauung, um seinen Amtsbruder aufzusuchen.

Als das Paar die Kirche verließ, hatte sich die Menge zerstreut.

Nur noch eine Anzahl neugieriger Frauen stand und wartete auf das Paar. Diesmal verhielten sich alle ruhig, und kein böses Wort begleitete den Heimweg nach der Hexenburg.

* * *

Hochzeit!

Hohe Zeit!

Und es war eine hohe Zeit . . . denn es ging hoch her.

Küche und Keller waren wohl versorgt und spendeten ihre Schätze. Jost hatte aus Wolkenburg extra einen Koch, zwei Kellner und ein Frau zur Hilfe kommen lassen.

Die Hochzeit war insofern originell, da Marthe die einzige Frau war, wenigstens bis zum Abend. Dann stellten sich des Maurermeisters Schiller und Karl Hagemanns Gattin ein.

Die einfachen Leute waren etwas befangen, aber die herzliche Art des Brautpaares bannte die Verlegenheit bald, und nach einer Stunde war alles eine einzige, frisch-fröhliche Familie.

Der Tag war sonnig und heiter.

Jost hatte die Tafel auf dem großen Altan anrichten lassen, von wo man einen wundervollen Blick in die herrliche Landschaft hatte.

Die Mahlzeit war gerade beendet und Lehrer Dieter schloß seinen Trinkspruch, als sie vor der Hexenburg ein großes, graues Auto vorfahren sahen.

Jost winkte dem Gärtner Weise, der sofort ging, um zu öffnen.

Das Auto fuhr in den Hof, und ein älterer, schlanker Herr in grauem Reiseanzug stieg heraus.

Hartmann wechselte einen Blick mit seiner Frau, dann entschuldigten sich beide bei den Gästen und traten hinunter in den Hof.

Der Fremde kam ihnen entgegen.

„Ich bitte vielmals um Verzeihung, daß ich Sie ausgerechnet an Ihrem Hochzeitstag störe. Ich bin Doktor Söllinger, Justizrat, komme aus Hamburg wegen der Brooklyner Erbschaft. Die gnädige Frau wird schon wissen."

Marthe schüttelte verständnislos den Kopf.

„Ich weiß nicht, was Sie meinen, Herr Justizrat!"

Dem alten Herrn fiel bald der Kneifer von der Nase, so erstaunt war er.

„Gnädige Frau scherzen. Ich habe doch die Aktenstücke von Ihnen unterschrieben erhalten."

Abermals schüttelte Marthe den Kopf.

Hartmann griff ein. „Anscheinend liegt hier ein Mißverständnis vor. Bitte, Herr Justizrat, treten Sie doch näher."

Er führte den Gast in das Herrenzimmer im Erdgeschoß.

„Gnädige Frau," begann der Justizrat, „die Angelegenheit liegt etwa sechs Wochen zurück. Der Notar Ayre in Brooklyn ist der Testamentsvollstrecker über das Vermögen des verstorbenen Herrn Holgers. Herr Holgers hat sein Vermögen in Höhe von etwa 300 000 Mark sowie seine Liegenschaften, die vielleicht auch noch 100 bis 200 Mille wert sind, seiner Schwester Anna Holgers vermacht. Im Falle ihres Todes soll das Erbe an die einzige Tochter fallen. Diese einzige Tochter sind Sie. Ihnen darf man also zu einem Erbe von beinahe einer halben Million gratulieren, gnädige Frau."

Marthe saß wie betäubt nach diesen Eröffnungen. Auch Jost war baß erstaunt.

„Ja . . . aber . . ." sagte verwirrt, „davon ist mir ja gar nichts bekannt."

„Aber gnädige Frau . . . ist das nicht Ihre Unterschrift? Ich habe an Sie geschrieben. Ihr Herr Pflegevater sandte mir die erforderlichen Papiere mit Ihrer Unterschrift."

Er kramte in seiner Mappe. Endlich hatte er das Dokument gefunden und legte es Marthe vor.

Sie erkannte sofort, daß die Unterschrift nicht von ihrer Hand stammte.

„Das habe ich nicht geschrieben!" erklärte sie fest.

Hartmann erhob sich und lachte plötzlich auf, schüttelte den Kopf und schritt im Zimmer auf und ab.

„Marthe," sagte er dann zu seiner Frau, „begreifst du nun, warum du unter allen Umständen Georg Corts heiraten solltest? Begreifst du nun die Gemeinheit und Lumperei?"

„Ja! Ja!" sagte die junge Frau. „Jetzt . . . jetzt wird mir klar. Mein Pflegevater wußte von der Erbschaft und verheimlichte mir es."

„Man hätte dich gezwungen, einen Gütergemeinschaftsvertrag abzuschließen und schon gesorgt, daß dein Erbe unter die Leute kam."

Der Justizrat hatte interessiert zugehört. Sein Antlitz wurde sehr ernst, als er das Wort nahm: „Meine Herrschaften, ich muß ahnen, daß es sich hier um eine Urkundenfälschung handelt, die zu ganz bestimmten Zwecken erfolgte. Wünschen Sie, daß ich Strafantrag stelle?"

Jost wechselte mit Marthe einen Blick, dann sagte er bestimmt:

„Nein, das nicht, Herr Justizrat. Aber wollen Sie die Güte haben, mit uns zusammen Hochzeit zu feiern? Der Tag ist zu schön, um ihn mit Formalitäten zu verbringen. Morgen früh können wir in Ruhe alles erledigen."

„Ich bin Ihnen dankbar und nehme Ihre Einladung gern an, Herr Hartmann."

Der Justizrat reinigte sich vom Reisestaub und folgte dann dem Paare. Er wurde herzlich willkommen geheißen und fühlte sich unter der Gesellschaft sehr wohl.

Ernst, Marthes Pflegebruder, war sehr gespannt und fragte die Schwester leise, was den Justizrat herbeigeführt habe.

Marthe sah Jost fragend an. Hartmann sagte lächelnd: „Erzähl ihm nur von der Erbschaft."

Und so erfuhr es Ernst und dann die ganze Hochzeitsgesellschaft, die ganz außer sich war. Jubelnd wurde angestoßen, und viele Glückwünsche wurden erneut gewechselt.

Als Ernst den Zusammenhang erkannt hatte, wurde sein Gesicht finster, und es kostete Marthe große Mühe, ihn zu beruhigen. Am liebsten wäre er sofort zu dem Vater geeilt um ihn zur Rede zu stellen.

* * *

Der nächste Morgen kam.

Die Sonne stand hoch, als Jost mit seiner jungen Frau am Frühstückstisch erschien. Die Bedienerin aus der Stadt hatte alles wunderhübsch angerichtet.

Der Justizrat erhob sich und ging dem Paare entgegen.

Er küßte Marthe artig die Hand und grüßte sie beide herzlich.

Nach dem Frühstück sagte der Justizrat zu Jost: „Eigentlich wundere ich mich, Herr Hartmann, daß Sie keine Hochzeitsreise unternehmen."

Lächelnd entgegnete Jost: „Wir haben mit unserem Glück genug, Herr Justizrat. Ist unsere Hexenburg nicht wunderschön?"

Der Justizrat stimmte zu.

„Gewiß, gewiß! Ich habe Ihren reizenden Besitz schon bewundert. Sie haben ihn ausgezeichnet eingerichtet. Waren Sie eigentlich einmal Innenarchitekt?"

Hartmann schüttelte den Kopf.

„Das war ich nie. Ich habe viele Berufe gehabt, diesen aber nicht. Früher war ich Arzt."

Marthe starrte ihren Gatten verwundert an.

„Arzt warst du, Jost? Das hast du mir noch nicht erzählt?"

Jost nickte. „Ja, ich habe in Berlin und Jena studiert, aber in Rußland meinen Doktor gemacht und werde wohl kaum in Deutschland praktizieren dürfen. Ich will es auch nicht."

Mit großem Interesse hatte der Justizrat zugehört.

„Meine verehrten Herrschaften, einen kleinen Vorschlag möchte ich Ihnen machen: ich nehme Sie in meinem Auto mit nach Hamburg. Die Fahrt ist bei dem herrlichen Wetter wunderschön. Von Hamburg begleite ich Sie nach Helgoland, und dann reisen Sie wieder in Ihre Zauberburg zurück."

Jost sah Marthe fragend an.

„Wie denkst du darüber, Liebes? Wollen wir einmal drei, vier Tage ausfliegen?"

„Wenn du es gern magst, Jost," entgegnete die junge Frau.

Schließlich wurde der Vorschlag des Justizrates angenommen, und bereits nach einer Stunde verließ das elegante Auto das Dorf Haßlitz.

* * *

Am Abend des gleichen Tages gelang es Ernst, seinen Vater zu stellen.

Die Abrechnung nahm so heftigen Charakter an, daß Kahnert drohte, seinen Sohn mit der Axt zu erschlagen, wenn er nicht schweige.

Aber der Rechtsanwalt, der wirklich ein rechtlich empfindender Mensch war, gab nicht nach.

Noch am nächsten Morgen fuhr Kahnert mit seinem Sohne in die Kreisstadt, wo alle Formalitäten erledigt wurden. Die Hypothek von vierzigtausend Mark wurde auf dem Grundbuchamt eingetragen.

* * *

Die Fahrt nach Hamburg war besonders für Marthe ein unbeschreiblich schönes Erlebnis. Mit offenen Augen und offenem Herzen nahm sie die Schönheiten des deutschen Landes — sie fuhren durch Thüringen und den Harz — in sich auf. Auch Hamburg gefiel ihr ausgezeichnet.

Der Justizrat zeigte ihnen stolz alle Schönheiten der Hansastadt und freute sich über die Andacht, mit der besonders das junge Weib alles betrachtete. Es war ihm, der schon zu viel gesehen hatte und darum nicht mehr so empfänglich war, direkt eine Freude, zu sehen, wie das junge unverdorbene Menschenkind alles in sich aufnahm und für alles Schöne zugänglich war.

Der Justizrat, dessen frauenlosem Haushalt eine ältere Dame vorstand, bewirtete sie in der allerbesten Weise. Der feinste Wein mußte herhalten, und was es in Hamburg an kostbaren Speisen gab, das kam auf den Tisch.

Am Abend des zweiten Tages schlug er einen Besuch des neuen Kabaretts „Scala" vor.

Jost wollte seiner Frau gern einmal das Vergnügen machen, die andere Seite des Lebens zu sehen, und er willigte gern ein.

Sie fuhren in des Justizrats Wagen nach der „Scala".

Marthe staunte über die Pracht und war anfangs etwas befangen. Aber die Befangenheit legte sich sehr rasch, und bald saß sie wie ein zufriedenes, beglücktes Kind in der Loge.

Jost freute sich über das Interesse seiner Frau. Immer war sie mit ganzer Aufmerksamkeit bei der Sache, nicht das Kleinste entging ihr.

Der Clou des Abends war das russische Ballett „Djargilch".

Marthe staunte über die Pracht, die das Ballett entfaltete. Die wunderbaren Kostüme, getragen von gertenschlanken Tänzerinnen und Tänzern, entfachten im Glanze des vielfachen Scheinwerferlichtes einen Zauber ohnegleichen, dem sich Marthe nicht verschließen konnte.

Zufällig warf sie einen Blick auf den Gatten und erschrak. Sie sah, wie er mit finsteren Zügen auf die Ballerina Iwanowa Kamori sah. Dann bog er sich zurück.

Er fühlte den Blick seines jungen Weibes, spürte, wie sich ihre weiche Hand ihm entgegenstreckte und seine Rechte suchte.

Ihre Augen fragten bang: „Was hast du, Liebster?"

Er lächelte wieder, beugte sich zu seinem Weibe und sagte leise:

„Mir kam eine bittere Erinnerung, Marthe. Es ist schon vorüber."

Befreit lächelte Marthe, und beide wandten die Augen wieder dem Ballett zu.

Als die Nummer beendet war, tobte Beifall durch das Haus.

Minutenlang klatschten die sonst so kühlen Hamburger, die ganz hingerissen waren, bis sich die Ballerina Iwanowa Kamori zu einem Solotanz als Zugabe herbeiließ.

Sie tanzte den Csardas ohne das Licht der Scheinwerfer vor dem hellerleuchteten Saale. Während des Tanzes fiel ihr Blick zufällig in des Justizrats Loge und blieb an Hartmanns Antlitz haften.

Sie stieß einen leichten Schrei aus.

Doch schon hatte sie sich wieder in der Gewalt, und wild tanzte sie den Csardas zu Ende.

Abermals tobte Beifall. Iwanowa Kamori dankte an der Rampe mit einem stolzen Neigen des rassigen Hauptes.

Als sie von der Bühne schritt, wandte sie abermals ihr Auge der Loge zu und sah, sekundenlang stehenbleibend, Hartmann ins Gesicht.

Jost fühlte den Blick, und er erwiderte ihn. Sein Antlitz war starr und abweisend.

In Marthes Seele kam heiße Angst auf. Sie sah den Gatten mit entsetzten Augen an.

„Was . . . was war das, Jost?" fragte sie bebend. „Kennst du sie?"

Jost schüttelte den Kopf.

„Nein!" sagte er hart. „Vielleicht ähnele ich einem anderen und werde dafür gehalten. Sei ruhig, Liebste. Ich bin dein, und das schönste Auge der Welt könnte aus meinem Herzen die Liebe zu dir nicht reißen. Du mußt mir ganz vertrauen."

Marthe atmete befreit auf und nickte, fühlte sich innerlich beglückt. Das Bangen verließ ihre Seele.

* * *

Die Klingel kündete die nächste Nummer — japanische Akrobaten — an, und Marthe schaute gespannt nach der Bühne.

Da trat ein Logenschließer in die Loge und verbeugte sich vor Hartmann.

„Ein Brief, Herr Baron. Ich soll auf Antwort warten."

Marthe zuckte zusammen, als ihr Gatte den Brief nahm und die Aufschrift las. Gespannt betrachtete sie Josts Antlitz.

Doch das blieb ruhig. Ein Lächeln erschien darauf, als Jost dem Logenschließer den Brief zurückreichte.

„Der Brief ist nicht für mich bestimmt. Ich bin Jost Hartmann."

Der Logenschließer kratzte seinen Vollbart.

„Verstehe ich nicht, mein Herr. Sie sind mir richtig bezeichnet worden."

„Das ist wohl möglich," entgegnete Hartmann ruhig. „Anscheinend verwechselt man mich mit einem anderen Herrn. Bitte, geben Sie den Brief zurück."

Der Logenschließer verschwand.

Hartmann beugte sich zu Marthe und sagte: „Würde es dir etwas ausmachen, wenn wir jetzt gehen, liebe Marthe. Wir können den Abend im Hamburger Ratskeller beschließen bei einer Flasche Wein."

„Ja, ja!" sagte Marthe schnell. „Gern gehe ich jetzt, Jost."

Hartmann wandte sich zu dem Justizrat und sagte lächelnd: „Herr Justizrat, der Clou des Abends ist vorüber. Wie ist es, wollen wir gehen und im Ratskeller bei einer guten Flasche Rheinwein zusammen sein?"

Der Justizrat war gern bereit, und so verließen sie die Loge.